

Die „Volkswohlt“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Bismarckstr. 121, und durch Buchhandlungen zu beziehen. Preis vierteljährlich 12 M., halbjährlich 22 M., pro Woche 40 Pf. Durch die Post bezogen 12 M. 50 Pf. (incl. Post) halbjährlich 22 M. 50 Pf. (incl. Post) am Orte 12 M. 25 Pf.

Volkswohlt

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Veröffentlichungsort: Breslau
Die Expedition: Bismarckstr. 121
Telephon: 1206
Expedition: 1206

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 135.

Breslau, Donnerstag, den 12. Juni 1913.

24. Jahrgang.

Das Erbrecht des Staates.

Die Drüdeberger aus Familiensinn!

Zu der Budgetkommission des Reichstages hat die Beratung des Gesetzes über das Erbrecht des Staates begonnen. Der Entwurf gehört zu jenen Deckungsvorlagen der Regierung, die gleich nach ihrem Erscheinen auf heftigen Widerstand bei der Rechten stießen, während sich die Sozialdemokratie zu ihm durchaus sympathisch gestellt hat. Nach dem Entwurf sollen Abkömmlinge der Großeltern in der Seitenlinie oder Verwandte der vierten Erbrechtsordnung, die Urgroßeltern des Erblassers und dessen Abkömmlinge, nicht mehr erbberechtigt sein, falls sie nicht vom Erblasser letztwillig als Erben eingesetzt sind. An ihre Stelle und an die Stelle des bisherigen gesetzlichen Erben noch entfernterer Verwandtschaftsgrade, soll der Staat treten, der jedoch nur ein Viertel der Einnahme behalten, drei Viertel an das Reich abführen soll. Man rechnet insgesamt mit einem Ertrag von 20 Millionen, wovon 15 Millionen der Reichskasse zugute kommen sollen.

Ein Erbrecht des Staates bestand bisher nur dann, wenn überhaupt keine Verwandten des Erblassers vorhanden waren. War der Erblasser ohne Testament und ohne Hinterlassung noch verwandter Erben vorhanden, so erbten die Verwandten des entferntesten Grades auch dann, wenn der Erblasser keinerlei Beziehungen zu ihnen hatte und von ihrer Existenz vielleicht nicht einmal etwas wußte.

Diesem System lag der Gedanke zugrunde, daß das Eigentum unter allen Umständen der Familie erhalten bleiben müsse. Es entspringt dem Eigentumsbegriff des römischen Rechts, das ein Erbrecht des Fiskus nur als äußersten Nothbehelf anerkannte, um erblose Güter nicht hienlos werden zu lassen. Der Widerstand gegen diese Ueberspannung des Eigentumsbegriffes geht von den älteren Sozialisten aus, die ohne weiteres ganz allgemein das Erbrecht der Gesamtheit proklamirten, wurde aber auch von älteren deutschen Rechtsgelehrten wie Baron unterstellt. Dieser wies auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß die Unterstellungspflicht auf die allerhöchsten Verwandten beschränkt ist, z. B. nicht einmal mehr zwischen Geschwistern besteht, während das Erbrecht unbeschränkt auf die entferntesten Verwandtschaftsgrade ausgebeugt wird. Die Gesamtheit muß für den bezweckten Verwandten durch Armenunterstützung aufkommen, während der reiche Verwandte von lebenden Erben beerbt wird. Später hat sich der bekannte Justizrat Hamberg-Mischerleben der Idee angenommen, und auf seine rührige Propaganda war es wohl zum großen Teil zurückzuführen, daß der Bundesrat schon bei der „großen“ Reichsfinanzreform von 1908/09 den Vorschlag machte, das gesetzliche Erbrecht der Blutsverwandten zugunsten der Reichskasse einzuschränken. Dieser Vorschlag fand aber bei der damals regierenden schwarzblauen Mehrheit ebensowenig Gnade wie die Besteuerung der Erbschaften der direkten Linie. Man zog es vor, die wichtigsten Bedarfsmittel der Massen zu besteuern und der Entwurf blieb unberücksichtigt. Jetzt hat ihn die Regierung wieder hervorgerufen und zum zweiten Mal — wahrscheinlich in anderem Sinne als vor vier Jahren wird über sein Schicksal entschieden werden.

Die Gegner betrachten den Entwurf als eine Konzeption an den Sozialismus, und in gewissem Sinne trifft das auch zu. Denn der Sozialismus stellt grundsätzlich und allgemein das Interesse der Gesamtheit über das Eigentumsinteresse des einzelnen. Wo eine Konzeption dieser beiden Interessen eintritt, hat nach sozialistischer Auffassung das erste den zweiten zu weichen. Davon ist also nicht zu zweifeln, daß durch die Einschränkung des Staates als Erben an Stelle der entfernteren Verwandten ein seit Jahrhunderten gültiger Grundsatz des Eigentumsrechts ins Wanken gerät. Auf der anderen Seite aber ist es geradezu kindisch, in der Einschränkung des fiskalischen Erbrechts so etwas wie den Beginn der sozialistischen Enteignung zu erblicken. Denn wie immer man sich diese Enteignung vorstellen mag, auf dem Umweg des Erbrechts würde sie ganz gewiß nicht durchgeführt werden. Ein sozialistisch regiertes Staatswesen würde die gesamte Wirtschaft oder einzelne Wirtschaftszweige der Nation noch sozialisieren, er würde es sicherlich aber unpraktisch finden, sich auf dem Wege des Staats-erbrechts in den Besitz der dazu erforderlichen Betriebsmittel zu setzen. Wer heute eine Wohnungseinrichtung, morgen eine Bäckerei, übermorgen ein Grundstück erbt, kann damit kaum etwas anderes anfangen, als es wieder verkaufen. Und tatsächlich wird sich das auch abspielen. Erbrecht des Staates auch so gefaßt, daß der dem Fiskus zufallende Nachlaß versteigert werden wird. Der Erlös wird zwischen Reich und Staat geteilt, die Erlöse selbst fließen auf dem Wege des Kaufs in den Privatbesitz zurück. Von dem Beginn der sozialistischen Expropriation ist also sehr wenig zu bemerken.

Die Bedeutung des Entwurfs liegt also mehr auf der prinzipiellen als auf der praktischen Seite. Was

die letztere betrifft, so sind die aus ihm erwarteten Erträge so bescheiden, daß der Versuch, bei seiner Beratung eine weitere Einschränkung des gesetzlichen Verwandsenerbrechts zu erreichen, wohl gerechtfertigt erscheint. Der grundlegende Gedanke des Privatigentums, daß der Eigentümer auch über seinen Tod hinaus über seine Güter verfügen kann, wird dabei ohnehin in keiner Weise angefochten. Es handelt sich nur um solche Fälle, in denen es der Erblasser nicht der Mühe für wert gehalten hat, seine Verwandten letztwillig zu bedenken, oder in denen er dazu nicht imstande gewesen ist.

Der Vorrat der Gegner über die Zerstückung der heiligsten Familienbande, die hier von Staats wegen betrieben werden soll, wird die große Masse des Volkes höchst leicht lassen. Es gestattet höchstens einen ganz interessanten Einblick in das Gefühlleben der bestehenden Klassen, die die Masse des Volkes für materialistisch verroht halten, sich selber aber keinen Zusammenhalt der Familie mehr vorstellen können, der nicht durch goldene Klammern besetzt ist. Der Entwurf wird diesmal vorwiegend aus dem Interesse der Sozialisten, die man dem Sozialismus macht, wird halb verstimmen. Dafür wird schon der Sozialismus selbst sorgen, der mit solchen Konzeptionen nicht zufrieden ist, sondern andere viel größere fordert und damit die Güter des Privatigentums immer wieder aus der Angriffslinie in die Verteidigung zurückwirft.

Aus der Budgetkommission wird uns geschrieben:

In der Budgetkommission des Reichstages ist am Dienstag der grundlegende Paragraph i des Regierungsentwurfs über das Erbrecht des Staates gegen den heftigen Widerstand der Schwarz-Blauen angenommen worden. Es hat sich hier wieder gezeigt, daß die Finler systematisch alle Deckungsvorschläge bekämpfen, die die Interessen des ländlichen Bestes auch nur im entferntesten antasten. Sie haben sich beim Beibringen bis auf einen nicht mehr vermeidbaren Beteiligungsbereich gedrückt, sie bekämpfen die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer, und auch hier wieder das Erbrecht des Staates. Dieser sozialistische ist ihnen keine unangenehme Regierungsvorlage, die auf dem Wege der „berechneten Maximalabgabe“ die Abjurg der Besteuerung der Einzelstaaten überlassen will, denn im preußischen Landtag kann ja dafür gesorgt werden, daß die anderen zu bezahlen haben.

Für das Erbrecht des Staates ist umgekehrt in der Budgetkommission keine Partei so lebhaft eingetreten, wie die Sozialdemokratie, deren Stimmen ja auch die grundsätzliche Annahme des Entwurfs zu danken ist. Allerdings, der Beschluß ist ja nur vorläufig. Gelingt den Schwarz-Blauen ihr Erpressungsversuch, dann wird die Regierung vor ihnen Notau machen und die Regierungsvorlage über das Erbrecht des Staates wird ebenso wie im Jahre 1909 in den Urkas verschwinden.

Politische Uebersicht.

Um die Militärvorlage.

Während das Plenum des Reichstages die zweite Lesung der Militärvorlage beginnt, wird nach über ihre endgültigen Aussichten lebhaft diskutiert. Niemand kann heute mit Bestimmtheit sagen, welches Schicksal die Vorlagen der Regierung erleben werden, und die Befürworter unter den Abgeordneten wissen nicht mehr, als die gesamte Öffentlichkeit. In den Wandelgängen des Reichstages werden die Chancen für und wider eingehend besprochen, und man gerät sich den Kopf, wie die Kombinationen, die nicht zu zählen sind, schließlich ausgehen werden.

Das Zentrum und die Parteien der Rechten haben gestern ihren einseitigen Widerstand gegen die Entscheidung der Wehrvorlage vor der Klaffung der Steuerfragen zurückgestellt, und sie werden — wenn inzwischen nicht über die Deckung irgend ein Kompromiß erzielt wird — vor Beginn der dritten Lesung ihren Widerspruch geltend machen müssen. Dann würde nichts das Zentrum vor der Entscheidung gestellt werden, ob es seine Drohung verwirklichen wird: die Wehrvorlage abzulehnen, solange nicht die Deckung festgelegt ist. Einstweilen wird aber hinter den Kulissen an der Vorbereitung dieses Kompromisses gearbeitet.

Für die Sozialdemokratie ist die Taktik, die sie zu verfolgen hat, unter diesen Umständen klar vorgezeichnet. Grundsätzlich muß sie die Behandlung der Wehrvorlage vorantreiben, damit das Zentrum in die Lage kommt, seine Drohung auszuführen. Und kommt auch das Zentrum zu dieser Schwertgeißel und Kompensation in ihrem Kampf gegen die Klaffungen gerät. Die Parteien, die etwa geglaubt haben, daß sie jetzt geduldig abwarten würden, wie das Zentrum sich endgültig entscheidet, und im Abhängen der Wehrvorlage ihren Widerstand entgegenzusetzen, haben sich also gründlich getäuscht. Der heutige erste Tag der zweiten Lesung wird sie wohl darüber belehren haben. Möchten sie noch so erbittert sein, daß die

Nede des Genossen Noske fast die ganze Sitzung ausfüllte, sie hat — doch eingesehen, wie nachhaltig und ernsthaft, wie unbegleitend unser Widerstand gegen die wahnsinnige Klaffungspolitik ist.

Hier und da war man schon ängstlich, noch ehe die Beratung angefangen hatte. Und mancher wies mit Unrecht auf den weichen Fragen hin, den unser Redner angezogen hatte. Das soll wohl eine mehrstündige Bergtour geben, sagte ein besondres feiner Psychologe. Er hat recht behalten, zu seinem und seiner Freunde Entsetzen. Genosse Noske bestieg um 2 1/2 Uhr die Tribüne und im Augenblick, wo wir dieses Stimmungsbild niederzuschreiben — es ist 1/7 Uhr — redet er noch unermüdet weiter. Aber man hätte unrecht, zu glauben, daß es sich hier etwa einfach um eine Obstruktionsrede handeln könnte, die nur lang sein will, und auf ihren Inhalt keinen Wert legt. Weit gefehlt! Es ist eine grundsätzliche und, wie man ausgeben muß, recht gründliche Erörterung des ganzen Problems. Wir können sie unseren Lesern nur nachdrücklich zur Lektüre empfehlen.

Das Hin und Her der Bezahlung.

Wie die „Germania“ hört, sind neue Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien des Reichstages über die Lösung der Besteuerungfrage im Gange. Sie haben die Regierungsvorschläge zur Grundlage, allerdings mit der Einschränkung, daß an Stelle der in dem sogenannten Sicherungsgesetz enthaltenen Vermögenszuwachssteuer eine Vermögenssteuer eintreten soll.

Damit ist wieder die Regierung nicht einverstanden. Nach der „Allg. Rundschau“ hat eine vertrauliche Fühlungnahme unter den verbündeten Regierungen stattgefunden, um eine Stellungnahme zu der Frage einer Reichs-Vermögenssteuer herbeizuführen. Das Ergebnis der vertraulichen Besprechungen war eine fast einstimmige Ablehnung des Gedankens, der Einführung einer Reichs-Vermögenssteuer zuzustimmen. Die Mehrheit der verbündeten Regierungen steht auf dem Standpunkt, daß die Deckung der dauernden Ausgaben entweder durch ein Zurückgreifen auf die Regierungsvorschläge, oder durch die Einführung einer Vermögenssteuer gesunden werden muß.

Bezüglich der Kavallerie-Regimenter in der Wehrvorlage hat die Zentrumsfraktion der „Germania“ zufolge ihren Mitgliedern die Abstimmung freigegeben. Ein kleiner Teil der Fraktion wird gegen jede Vermehrung der Kavallerie-Regimenter stimmen, ein anderer für die Bewilligung von drei und ein anderer von sechs Regimentern eintreten.

Die Serben und Bulgaren in Ober- und Niederbarnim.

So wie sich die Verbündeten auf dem Balkan nach Abschluß des Krieges in die Haare geraten sind, raufen in dem interessanten preussischen Landtagswahlkreis Ober- und Niederbarnim jetzt die verbündeten Liberalen miteinander. Der Unterschied ist nur der, daß die Balkanstaaten wenigstens zuvor gegest haben, und sich nun über den Anteil an der Beute auseinandersetzen, während Freisinnige und Nationalliberale in Barnim nur die Frage erörtern, wer den anderen betrogen hat.

Zunächst hat die „Nat. Korr.“ die Behauptung aufgestellt, daß die Nationalliberalen von ihren Wählern geliebt worden seien, da die Fortschrittler sich bei Abschluß des Bündnisses ausdrücklich verpflichtet hätten, nicht mit den Sozialdemokraten zu koalieren. Darauf antwortet jetzt die freisinnige „St. Korr.“, die Verpflichtung sei eine gegenseitige gewesen und ausdrücklich dahin gegangen, daß keiner der beiden Kontrahenten ohne Zustimmung des andern mit einer dritten Partei verhandeln würde. Diese Bedingung sei von den Fortschrittlichen: Sozialdemokraten in Barnim streng innegehalten worden. Dagegen habe jede Partei sich über die Ablehnung eines von dritter Seite kommenden Angebots selbständig entscheiden können.

Nachdem die „entschieden“ Liberalen sich so verteidigt haben, brechen sie den Spieß um und gehen zum Angriff auf die Nationalliberalen über. Sie teilen mit, daß Herr Amtsgerichtsrat Kade, der nationalliberale Kandidat, an den konservativen Wahlausschuß ein Schreiben gerichtet habe, in dem er das erste konservative Angebot für unannehmbar erklärte, gleichzeitig aber die Ueberzeugung ausdrückte, daß nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die Fortschrittler zu einem gesamtliberalen Kompromiß bereit sein würden, wenn den liberalen Parteien zwei Mandate überlassen würden.

Außerdem haben die Nationalliberalen ohne Rücksprache mit ihren Bundesgenossen an einer Besprechung teilgenommen, zu der die Konservativen eingeladen hatten.

Unter diesen Umständen stellen sich die Freisinnigen für verpflichtet, „Sicherheitsmaßregeln“ gegen ihre guten Freunde zu treffen. Sie stellen in zwei Wahllokalen Zettel bereit, die die liberalen Wahlmänner aufforderten, die Kandidaten in anderer Reihenfolge zu wählen, als vorher beschlossene worden war, damit die Stimmen für Herrn Kade nicht auf die Nationalliberalen, sondern auf die Sozialdemokraten übergehen könnten.

Das sind in der Tat recht angenehme Bundesbeziehungen gewesen, und man könnte zu der Annahme neigen, daß der Freisinn allmählich von der Idee des Gesamtliberalismus abkommen würde. Aber man wird sich schon wieder fragen. Die Fortschrittler wollen auf den guten Verhandlungen mit den Nationalliberalen schon deswegen nicht verzichten, weil sie fürchten, daß ihr gesamtliberaler Zusammengehen mit der

Sofaldemokratie ihre „nationale“ Reputation noch gar zu sehr schädigen würde, wenn sie nicht gleichzeitig auf ihr gutes Verhältnis mit den Westlern recht hinweisen könnten.

Der Hansabund

hielt am Dienstag eine Gesamtsitzung ab. Der Vorsitzende des Hansabundes, Dr. Nieber, sprach sich in seiner Einleitungsrede mit gemessener Entschiedenheit für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag aus. Die Einführung eines solchen Wahlrechts sei nicht nur die Pflicht der Regierung, sondern ein nobilitas officium der Krone. Die Einführung dieses einzig gerechten Wahlrechts vor mehreren Jahren in feierlicher Weise verheißen habe. In der Steuerfrage versicherte Nieber, daß der Hansabund an der Besitz- und Erbschaftsteuer festhalte; besonders in der Erbschaftsteuerfrage kenne er kein Kompromiß, da müsse ganze Arbeit geleistet werden. Es sei aber auch notwendig, daß alle Privilegien und Sonderrechte abgeschafft werden. Es müsse dahin kommen, daß nicht nach den Vorrechten der Geburt die Stellen im Staate vergeben werden, den Tüchtigsten gebührt der Einfluß im öffentlichen Leben.

Offentlich lassen es die Hansabundler nun endlich nicht nur bei großen Worten bewenden, sondern helfen auch positiv mit schaffen, daß die hier aufgestellten Ziele erreicht werden.

Das Wahlurnengesetz.

Im „Reichsanzeiger“ vom Dienstag wird die Abänderung des Reichstagswahlgesetzes in nachstehender Fassung bekannt gegeben:

1. § 11, Absatz 2 des Wahlgesetzes vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzl. S. 27) in der Fassung der Bekanntgabe vom 23. April 1903 (Reichsgesetzl. S. 202) erhält die nachstehende Fassung:

In diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß viereckig sein, im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 80 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 55 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf, und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingesteckt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluss der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.

2. Absatz 4 der Anlage B zum Wahlgesetz erhält die nachstehende Fassung: An den Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nahm, wurde ein verdecktes Gefäß zum Hineinlegen der Stimmzettel (Wahlurne) gestellt. Der Wahlvorstand stellte fest, daß die Höhe der Wahlurne, im Innern gemessen, ... Zentimeter, der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand ... Zentimeter und die Breite des Spaltes im Deckel der Urne ... Zentimeter betrug, und schloß die Wahlurne durch Auflegen des Deckels, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie leer war. Die Wahlurne wurde bis zum Schlusse der Abstimmung nicht wieder geöffnet.

Zentrum und Erbschaft. Unter der Überschrift: „Sieb Vaterland, magst ruhig sein!“ registriert das Wormser Zentrumsblatt, die „Wormser Nachrichten“, in seiner Nummer vom Freitag, 6. Juni, einige für sie „sehr erfreuliche Mitteilungen“. So erregt es die Freude des frommen Blattes, daß in Loulou ein französischer Torpedobootsjäger einen Unfall erlitten hat, indem ein Dampfrohr zerplatzt ist, wodurch die Maschine beschädigt und zwei Matrosen schwer verletzt wurden; außerdem daß in der Pulverfabrik zu Angoulême (Frankreich) es zu Differenzen zwischen Arbeitern und Leitung wegen der mangelnden Schutzvorrichtungen gekommen sei.

Das fromme Christenblatt schließt freudig erregt: „Einzelheiten solcher Art können in jedem Land vorkommen. In Frankreich scheinen sie sich aber mit solcher Schnelligkeit, daß man bei uns daraus ohne Sorge das angenehme Gefühl schadenfroher Beruhigung herleiten darf.“

Abgesehen von der abgrundtiefen Robott der Gestaltung, die in dieser christlichen Freude über die Unglücksfälle zum Ausdruck kommt, wäre wohl die Frage angebracht, ob dieses „angenehme Gefühl schadenfroher Beruhigung“ das Zentrum nicht veranlassen sollte, gegen die Mehrzahl der Stimmen. Es kann doch keine Notwendigkeit bestehen, gegen einen so vom Unglück

verfolgten „Erbschaft“ weitere hundetausende Soldaten auf die Beine zu stellen.

Mecklenburger Verordnungsfall. Die Verordnung, durch welche die Landtagskommission vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin beauftragt werden, den Landtag zu verlagern, hat folgenden Wortlaut:

„Abolf Friedrich, v. G. G. Großherzog von Mecklenburg, c. l. t.“

Indem Wir Uns dem Vorgehen Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin anschließen, wollen auch Wir die Verhandlungen des gegenwärtigen Landtages über das Caput Unserer Landtagsproposition bis zum Herbst dieses Jahres verlagern. Wir werden auch demnachst Unsere Entschließung über den Wiederzusammentritt des Landtages zugehen lassen, die ihr in geeigneter Weise bekannt zu geben habi. Wir fordern euch auf, diesen Erlaß an Unsere getreuen Stände hinauszugehen. Gegeben Neustrelitz, den 8. Juni 1913. Ad. mandatam Serenissimi Speciali. Großherzoglich Mecklenb. Staatsministerium. Dr. Selmer. In die Landtagskommissionen Staatsminister Boffart und Staatsrat von Dewitz in Schwerin.

Das Datum lautet wörtlich auf den 6. Juni 1913 und nicht etwa 1513.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigte sich mit der Prüfung der Wahl des Abg. Rogalla von Bielefeld (sonst) in Sensburg-Ortelsburg ohne aber zu einem Beschluß zu kommen.

Abgelehnt. Die dritte Kommission des Reichstags beendete die Beratung des Gesetzentwurfes über die Kindererziehungsstellen und lehnte bei der Schlussabstimmung den ganzen Entwurf ab.

Zur Reichstagsersatzwahl in Waldeck-Hyrmont. Der Vorsitzende des Landesverbandes der nationalliberalen Partei im Fürstentum Waldeck-Hyrmont veröffentlicht ein Telegramm des geschäftsführenden Ausschusses des nationalliberalen Landesverbandes, in dem empfohlen wird, bei der Reichstagsersatzwahl die Wahl des Herrn Dr. Naumann zu unterstützen.

Ein Eideschwörer der Arbeitsschlichter, der Maurermeister William Pfeiffer in Halle a. S., wurde in weiteren Verhandlungen vor dem Schöffengericht zu noch zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht erkannte gegen den Meinetshelben auf weitere vier Jahre Zuchthausstrafen, die dann mit den schon erkannten fünf Jahren Zuchthaus zu einer Gesamtstrafe von sieben Jahren zusammengezogen wurden. Pfeiffer machte nach seiner Aburteilung einen Selbstmordversuch. Er sprang aus dem Fenster des Gerichtesgebäudes. Mit einigen Knochenbrüchen, doch nicht lebensgefährlichen Verletzungen, blieb er liegen.

So fand die Tätigkeit eines „nützlichen Elements“ ein tragisches Ende. Hätte ihn die Nemesis nicht so schnell ereilt, er hätte noch manchen streikenden Familienvater durch seine Meinetshelbire ins Gefängnis gebracht.

Ausland.

Neuer Krieg auf dem Balkan?

Die Post erhielt Telegramme aus Europa, wonach die Lage unter den Balkanvölkern sich derart zugespitzt habe, daß man mit einer friedlichen Regelung nicht mehr rechnen zu können glaubt. Der Beginn der Feindseligkeiten wird innerhalb der nächsten Wochen erwartet.

Die politischen Nachrichten aus Sofia und Belgrad lauten sehr ernst. Es wird befürchtet, daß Serbien und Griechenland die besetzten Gebiete annehmen werde, was für Bulgarien den Kriegsfall bedeuten würde. Rumänien dürfte dann voraussichtlich kein müßiger Zuschauer bleiben. Die voraussichtliche Fällung der Karte ist noch ungewiß.

Aus Petersburg wird gemeldet: Minister Sazanow ist nach Petersburg zurückgekehrt. Die russische Diplomatie ist im Begriff, neue energische Schritte gleichzeitig in Sofia und Belgrad zu unternehmen, um beide Staaten mit den übrigen Balkanländern zu gemeinsamen Beratungen über die schwierige Lage zu veranlassen. In Sofia hat sie bereits gegen eine Verschleppung der Verhandlungen protestiert, die sowohl Serbien als auch die anderen Staaten, die dem Balkanbund sympathisch gegenüberstehen, in höchster Aufregung erhalte. Das Auswärtige Amt hofft trotz des außerordentlichen Ernstes der Situation auf eine friedliche Lösung in letzter Stunde.

Der Kampf für die Merikale „Unterrichts-freiheit“.

Zu den Hauptschlagwörtern der Merikalen in Frankreich gehören die „Freiheit der Schule“ und die „Freiheit der Familien-

väter“, das heißt die Freiheit der Merikale Familien, ihre Kinder nach Möglichkeit dem staatlichen Unterricht und damit einer ernstlichen, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Ausbildung zum Vorteil der geistlichen Herrschaft zu entziehen. Wie es mit dieser Freiheit dann bestellt ist, wenn modern denkende Eltern ihre Kinder nicht in den Pfaffen Schulen überantworten wollen, das wurde von einer Reihe Redner in der Kammer gelegentlich der Vorlage zur Vertiefung der Lateinschule geschrieen. So berichtete der Bergarbeiterabgeordnete Genosse G a m e n d i n: „Bei uns in Paris de Calais (an der Nordküste) gibt es zahlreiche Familienväter, die viele Kinder haben. Wenn ein Kind nicht gleich nach der Geburt getauft wird, geben die Bergwerkgesellschaften, bei denen die Väter arbeiten, dem Vater acht Tage Frist zum Taufenlassen, bei Androhung der Entlassung, ebenso ist es mit der ersten Kommunion, dem Besuche der weltlichen Schule usw. Sie wollen die Freiheit für sich, verwehren sie aber den anderen.“

Die Comenle-Bill. Das englische Unterhaus hat die zweite Lesung der Comenle-Bill begonnen, die mit der von Oberhaus in der letzten Sitzungsperiode abgelehnten Bill übereinstimmt. Premierminister Asquith führte aus, daß die Bill in der vergangenen Session von der großen Mehrheit des Hauses unterstützt worden sei, die Wahlergebnisse seit Einbringung der Bill im vorigen Jahre hätten keinen Beweis geliefert, daß das Unterhaus damals ausproch, von der Mehrheit der Wähler gemißbilligt worden sei. Die Abgeordneten aus Ulster seien zum größten Teil für die Comenle-Bill. Er unterschätze die Bedeutung der Opposition in Ulster nicht, er frage, ob es einen Ausweg oder einen Plan gebe, der mit der allgemeinen Politik der Bill im Einklang stehe, um das Gefühl der Feindseligkeit zu beseitigen. Er müsse es aber ablehnen, Ulster das Recht zuzugestehen, gegen eine Forderung der überwiegenden Mehrheit des irischen Volkes sein Veto einzulegen. Die Verleihung der Autonomie werde in Irland das Gefühl der Verantwortung und den Geist der Toleranz wecken. — Der frühere Führer der Konservativen, Balfour, empfahl Ablehnung der Bill. Die Abstimmung wird morgen abend erfolgen.

Das Wachstum der Bluffener. Auf eine Anfrage im englischen Parlament machte der Kriegsminister, Oberst Seely, folgende Angaben über die in den letzten zwei Jahren auf dem europäischen Festlande beschlossenen oder in Aussicht genommenen Erhöhungen der Friedensstärke des Landheeres: Rußland 75 000, Österreich-Ungarn 58 500, Belgien 30 000, Holland 5 000, Frankreich 183 700, Deutsches Reich beschloß 88 400, vor-geschlagen 186 000, zusammen 184 400. Nicht berücksichtigt ist dabei die kürzlich beschlossene Erhöhung in Italien um etwa 100 000 und die in Spanien geplante um etwa 40 000 Mann. Ebensovienig die Vermehrung der Marinemannschaften der verschiedenen Staaten. Alles zusammen wird hinter Dreiviertelmillionen (nur Erhöhung!) nicht weit zurückbleiben.

Abnahme der britischen Geburtenziffer. Am Freitag wurde der offizielle Bericht über die Volkszählung von 1911 veröffentlicht. In diesem wird darauf hingewiesen, daß im Jahre 1881 auf je eine Million Einwohner 185 551 Kinder unter 5 Jahren kamen. Im Jahre 1891 ist diese Zahl auf 122 528 gefallen und seitdem auf 114 268 in 1901 und auf 106 857 in 1911 zurückgegangen. Von den 86 070 492 Einwohnern Englands und Wales waren 20 963 807 in 1911 unverheiratet, 13 126 070 verheiratet und 1 980 615 verwitwet. Die Zahl der Frauen übersteigt die Zahl der Ehemänner um

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schallier.

(Nachband verboten.)

In Dagmars Gesicht blitzte ein Lächeln auf; sie sendete dem Mädchen einen Blick.

Das Mädchen prüfete, als sie das Stauer verließ.

Aber das hörte Asmannen nicht. Er sah sich still den Kaffee

ein.

„Es geht mir nicht gut“, begann er, nachdem er einige Schritte getrunken hatte. „Es geht mir nicht gut.“

Dagmar antwortete nicht.

„Es wird diese Infirma sein, die mir noch in den Knochen

steckt.“

Sie zwang die Lippen. Dafür konnte sie doch nichts.

„Ich habe daran gehacht, mir es etwas leichter zu machen.“

Sie richtete sich gleichgültig ein Bräutchen. Es war ihr so gleichgültig, moran er dachte.

„Ich kann nicht mehr wie früher. Ich möchte vom Hotel zurücktreten.“

Sie legte das Messer aus der Hand. Die aufgerichteten Augen sahen ihn an.

„Bist du verheiratet geworden?“

„Nein, nicht mehr. Es ist mir zu heiß.“ Er sah sie

starr an. Er wollte so ungern, daß sie seine letzte Hoffnung

brechen sollte.

Dagmar war rasch. Auf dem Hotel mußte ihr ganzer

Plan. Im Sommer wollte sie ins Hotel zurückkommen.

Die Infirma war. Sie würde von dem Hotel

ab, aber gleichgültig sollte sie, daß sie fort war.

„Was geht das Hotel dich an? Hast du es schon ge-

leitet?“

Er hatte je seine Arbeit gehabt, meinte er.

Dagmar schenkte ihm keinen Blick im Gesicht.

„Du bist in der Hand, nicht wahr?“

„Ich bin krank. Ich kann nicht mehr.“

„Ich, wenn du nicht leben kannst“, sagte Dagmar.

„Kannst du nicht die einen erkrankten Mann, das sagst

„Der große Mann ist ein Kerl. Und das bist Du nie ge-

wesen. Das ist die Sache.“

„Kannst du nicht? Auf diese Weise konnten sie ja nicht zu-

sammenkommen.“

Im Gastzimmer ließ er sich auf einen Stuhl nieder. Er

legte den Arm auf die Tischplatte. Er sah aus, als ob er eine

Stütze brauchte. Er war wohl etwas müde geworden.

Er sah zusammengesunken da, aber der müde, erlösende

Blick kehrte in die Luft. Er war ein Leben in diesem Bild,

das nicht verschwinden wollte. Er suchte mit einer letzten Anstre-

ngung etwas zu durchdringen.

Es war etwas in die Welt gekommen, das er nicht konnte.

Er wollte nicht, was es war, es wollte aber etwas

sein. Die Welt war anders geworden, ganz anders. Er konnte

genießen; nur ihr fertig werden. Seine früheren Mittel verfielen

nicht mehr. Früher hatten sie aber doch so gut verstanden? Es

war alles so anders geworden. Er erlaubte die Welt nicht. Er

belegte traurig den Kopf. Er konnte nicht mehr.

Dagmar kam herein. Sie lächelte lächelnd, als sie ihn

sah. Dann kam ihr ein Einfall, der ihr Spaß machte.

Sie ging mit leichten Schritten zu ihm hinüber; er hörte

es ja nicht mehr.

Er stellte sich hinter seinen Stuhl.

Was war nur das?

„Hast du keine weiche Hände sapten den müden Kopf. Sie

zogen ihn an sich. Er wollte an einer solchen inagenden Frau

Der Traum, ging es ihm durch den Sinn, der Traum.

War das die Seligkeit, die kommen sollte?

Die Seligkeit, die durch sein tiefes Weh so tief hindurch-

geronnen war?

Er schloß die Augen.

Der erste so Augenblick.

Sie sah lächelnd auf sein Gesicht hinab. Einen Augen-

blick.

Dann machte sie mit einer leichten Bewegung die rechte

Hand frei, während die linke den Kopf hielt, der an ihrem

Bufen Schutz gesucht hatte.

„Ich will dich betracen“, sagte sie.

Sie richtete die Haut unter seinen Augen glatt. Mit seinem

spitzen Finger. Ganz beschämte. Die Finger kosteten die

Falten.

Sie lächelte, aber das gespannte kalte Interesse blieb in

ihren Zügen.

Die Falten waren so tief.

Es lag ein müder, gleichsam feuchter Schatten unter diesen

Augen.

Man sah es besser, wenn man so von oben in das Ge-

sicht hinab sah.

Sie beugte sich etwas über ihn. Sie richtete mit dem letzten

Finger die Falten des Gesichtes entlang.

Es waren viele Falten da, weisse Falten. Einige waren

fein und schmal, sie waren erst soeben mit scharfem Griffel ge-

zogen. Einige waren noch gar nicht gezogen; sie waren erst

angebeutet.

Es war ihr sehr interessant.

Die Haut war altersgrau.

„Supp“, sagte sie plötzlich und ließ unermittelt den Kopf

fallen.

Es sah komisch aus, als er so unermittelt erwachte. Er

riet sich gleichsam betört die Augen.

Dagmar lachte so flüchtig, so übermütig, so triumphierend.

Sie schaute in die Hände. Sie hielt die Lippen fest. Sie

beugte sich vornüber. Sie lachte, lachte, lachte.

Wie ein verzogenes Kind nach einem Spitzhubschreiß.

Kammen hatte sich erhoben. Er sah fast furchig aus. Jetzt

war der Augenblick gekommen.

„Wolltest du mir die Falten glätten, Dagmar?“

„Ich wollte dich bewundern.“ Sie trällerte hinter dem

Schritt.

Dem Schenktisch lachte sie noch einmal zu ihm hinüber. Er

stand so fassungslos da.

„Abgesehen“, sagte sie dann mit einem Anflug von Ernst,

„du kommst heute abend in Gastzimmer die Wache halten. Ich

will in die Fischerstraße hinunter. Es ist nicht gut, daß du

immer über dem Lortweg stehst.“

„Das ist es auch nicht“, beständige Kammen. Sie hatten

doch wieder einen gemeinsamen Gedanken gehabt. Er verstand es

nicht, wie sie das alles so in den Wind schlugen konnte. Es

war ihm aber doch, als seien sie etwas näher zusammenge-

kommen.

Das Gastzimmer war leer. Das Abendgespräch war niemals

tebhaft gewesen, und neuerdings war mancher Kunde weggeblieben

(Fortsetzung folgt.)

134 493, d. h. auf 1000 Ehemänner kommen 1021 Frauen. Zur Zeit der Volkszählung war mehr als ein Fünftel der Bevölkerung unter 5 Jahre alt, mehr als ein Fünftel über 10 Jahre und nahezu zwei Fünftel unter 20 Jahre alt. Die Hälfte der Bevölkerung war älter als 55 Jahre. Die Altersverteilung in Schottland ähnelt der von England und Wales, während in Irland der Prozentsatz der Kinder geringer und der der älteren Leute größer ist, was auf die große Auswanderung aus Irland zurückzuführen ist.

Täglich neue Gewalttätigkeiten verüben die englischen Suffragetten. So haben sie in Cheltenham bei Bradford das Wasser versorgt, vergiftet. Sämtliche Fische der in der Umgebung gelegenen Seen, die von dem Reservoir gespeist wurden, sind vergiftet. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen, da die Tat noch rechtzeitig entdeckt wurde.

Klöster als Bauernlager. Wie der Hochadel und das Finanzkapital arbeitet auch die tote Hand am Untergang des Bauernstandes. Die Gemeinde Oberstierbach (Oberösterreich) stellt in einer Petition an das Abgeordnetenhaus fest, daß das Kloster Schlierbach 280 Joch (zu 555 Quadratmeter) Bauernland an sich gebracht hat, das einst Kremsmünster 200 Joch Niederland wies Jagdrecht.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Die Innungstreuen Bäckergejellen.

Der Gesellenausschuß der Bäckerinnung in Breslau will sich als der treue Hüter des Wohles der Meister bewähren. Darum versucht er mit allen erdenklichen Mitteln, die Gesellen in den alten Bund zu bringen.

Am Dienstag hielt er im „Deutschen Kaiser“ eine Versammlung ab, die den Zweck hatte, den Bund zu befestigen. Der Gesellenausschuß präsidierte in allen Zonen von den 800 den Meistern ererbten Kollegen; in der Versammlung sahen wir die Hälfte und darunter waren eine Anzahl Meister und freigelegte Gesellen. — Trotzdem wird der Gesellenausschuß nach wie vor behaupten, 600 Mann stehen auf seiner Seite. Um den Eintritt in den gelben Bund recht dringlich zu machen, mußte der Streit erhalten, um zu beweisen, daß der Hamburger Verband nichts zu Wege bringen könne und alles Heil nur vom Gesellenausschuß zu erwarten sei. Der Raum der Volkswacht ist uns zu kostbar, als daß wir all das Zeug hier wiedergeben, wie es da verapft worden ist. Einige Einwürfe dürften genügen, die Geisteshöhe zu kennzeichnen, wo der Gesellenausschuß steht. Daß in Breslau noch kein Sonntag-Brotverbot besteht, daran sei der Hamburger Verband schuld, ebenso trage der Verband die Schuld an der Verjährung dieser Forderung. Warum erhebt sich diese Forderung? Da sind die Meister doch genötigt, Lehrlinge zu halten. Herr Gesehe tat sich in der Versammlung besonders hervor; er glaubte, den Verband maßlos zu machen, indem er anführte, 150 arbeitslose Kollegen haben auf den Streik gewartet, sie wollten sofort einspringen. Der Streik wäre so wie so verloren gewesen und darum soll der Streik möglichst sein. Daß er mit diesen Worten dem Gesellenausschuß und dem Bäckergewerbe in Breslau einen Schlag versetzte, das konnte Herr Gesehe nicht begreifen. Das sagte ihm mit deutlichen Worten der Verbandskollege Subrich. Was hat der Gesellenausschuß getan, um die grenzenlose Arbeitslosigkeit zu mildern? Daß da der Verband nicht recht, wenn er kräftig vorgeht, um das Elend nicht noch zu vermehren. Wie sähe es in Breslau mit den Bäckergejellen aus, wenn kein Verband bestehen würde, der seit 10 Jahren für die Beding des Standes der Kollegen kämpft, leider aber durch den Gesellenausschuß verlassen wird. Er steht hinter den „handwerkstreuen“ Gesellen, nicht aber hinter der freien Organisation? Der Streik sei nicht verloren, wenn die Gesellen jetzt mehr Lohn erhalten. Sie haben das dem Verbandskollegen zu danken, den die Meister fürchten. Die Herren vom Gesellenausschuß haben den Lufttag, die Gesellen dem gelben Bunde zuzuführen, und da machen sie es eben. Auf das, wo sie glauben dem Verbandsrecht geben zu müssen, gehen sie nicht ein. Sie halten sich an nebensächliche rein persönliche Dinge, um sich an dem Verbandsrecht zu reiben; einen weiten Blick haben sie nicht. Als der Leiter der Versammlung bemerkte, daß die Mehrheit für seine Ansichten nicht zu haben ist, teilte er mit, daß nächste Woche wieder eine Versammlung abgehalten wird. Um die Sache nicht ganz verloren zu geben, wurde schnell eine Resolution verlesen und darüber abgestimmt. Diese Resolution hat aber nicht die mindeste Bedeutung; die Gesellen waren schon auf dem Sprunge, den Saal zu verlassen. Die meisten wußten nicht, um was es sich handelte.

Deutsches Reich und Ausland.

Waffenprotest gegen die Frauendorfer Polizeitaten.

Der Fabrikarbeiterverband hatte am Sonnabend Abend in Frauendorf eine öffentliche Versammlung einberufen, die gegen das Frauendorfer Blutbad und die Stellungnahme der Behörden wie der bürgerlichen Presse zu demselben Protest erhoben sollte. Der in Aussicht genommene Saal erwies sich bald als viel zu klein, sodaß die Versammlung in einen angrenzenden Garten verlegt werden mußte. Aus Frauendorf und Umgebung strömte die Arbeiterbevölkerung in diesen Gärten zur Versammlung. Hätte, wo sich bald eine unzahlbare Menschenmenge zusammen drängte. Sicher sind über 3000 Personen gewesen. Arbeitersekretär Genosse Decker besprach die bekannten Ereignisse und gestellte sich die unendliche Sabelkattade der Stettiner Polizei wie die Augenblicke der bürgerlichen Presse, die zunächst die Nachricht kolportierte, daß ein Streikbrecher von einem Streikbrecher erschossen sei, um dann — als das Verbrechen des Streikbrechers Brandenburg nicht mehr zu verheimlichen war — die Bluttat als entschuldbares Notwehr auszugeben. Genosse Geise protestierte gegen die vorzeitige Haftentlassung des Mordbösen, die wohl auf die Suggerierungen der bürgerlichen Presse auf den Untersuchungsrichter zurückzuführen sei, während Genosse Thieme seine Beobachtungen während der Polizeigewalt schilderte. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme, indem sich für sie ein Wahl von Händen erhob:

Die Versammlung legt härtesten Protest ein gegen die Haftentlassung des Mordbösen Brandenburg.

denburg, die ersetzte, ehe die Untersuchung über seine blutige Tat hinreichend Klarheit geschaffen haben konnte. Ein solches Vorgehen ist geeignet, verbrecherische Streikbrecher zu neuen Mordtaten anzureizen und so neue Konflikte herbeizuführen.

Ferner beurteilten die Versammelten auf das Entschiedenste die verlogene Berichterstattung der bürgerlichen Presse und geloben diese nicht mehr in ihren Wohnungen zu dulden. Ruhig wie sie gekommen und während der Versammlung ausgeharrt hatten, gingen die Menschenmassen auseinander, trotzdem inzwischen die Dunkelheit herangebrochen war und die Arbeiter durch die Haftentlassung des Mordbösen aufs äußerste erbittert sind. Allerdings hatten sich auch die Polizei zurückgehalten und nur wenige Posten ausgestellt, sodaß keine Ruhestörungen zu befürchten waren.

Am Sonntag Nachmittag nahmen die Stettiner Arbeiter an der gleichen Angelegenheit ebenfalls in einer Massenversammlung teil; auch sie verließ durchaus ruhig und würdig.

Der Mörder Brandenburg ist tatsächlich auf freies Fuß gesetzt worden! Wie dem „Vorwärts“-Korrespondenten aus absolut sicherer Quelle mitgeteilt wurde, war die Frauendorfer Ortspolizeibehörde darüber äußerst überrascht, daß Brandenburg ein überberühmtes, rauflustiges Subjekt ist, das ihr schon viel zu schaffen machte. Der Ortspolizeibehörde ist auch zu Ohren gekommen, daß der Mörder schon vor der Tat Bemerkungen machte, die auf einen vorläufigen Mord schließen lassen. Inzwischen dürfte sich Brandenburg in Sicherheit gebracht haben, nachdem ihm die Justizbehörde die Tür ins Freie öffnete!

Die Differenzen bei der Firma Textilwerke Mantner in Langenbielau sind beigelegt, die über den Betrieb verhängte Sperre ist aufgehoben. Deutscher Textilarbeiter-Verband, Illale Langenbielau i. Schl.

In Reichensbach sind die Textilarbeiter in eine Bewegung wegen Vornahme eingetreten.

Parteiangelegenheiten.

Die Behandlung der Wehrvorlagen. Ueber die Behandlung der Wehr- und Dedungsvorlagen im Reichstage hat sich eine kleine Parteidebatte entsponnen. Genosse Sellmann in der „Chemnitzer Volksstimme“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ hatten es beflagt, daß unsere Fraktion dafür eingetreten war, daß zunächst die zweite Lesung der Wehrvorlage vorgenommen und dann die Beratung der Dedungsvorlage begonnen würde. Darin sahen die genannten Kritiker ein Nachlassen in der Bekämpfung der Militärpolitik und eine Erleichterung für die Anhänger der Militärvorlage. Genosse Koste, der als Reichstagsabgeordneter in die Tendenz der Fraktion Einblick hat und ebenfalls an der „Chemnitzer Volksstimme“ tätig ist, trat dieser Anschauung entgegen, indem er darauf hinwies, daß für die Militärvorlage eine geschlossene und sehr große Mehrheit aller bürgerlichen Abgeordneten mit Ausnahme der Gemäßigten vorhanden ist und an der Annahme nicht zu zweifeln sei. Wo die Fraktion wirklich eingreifen kann, das sei die Dedungsfrage, und deshalb haben die Reaktionen den Erpressungsversuch gemacht, zunächst eine Dedung nach ihrem Sinne durchzubringen, ohne daß die Militärvorlage angenommen war. Diesen Versuch mußte sich die Sozialdemokratie widersetzen, wenn sie die Forderungen der einmal unabwehrbaren Ausgaben nicht wieder den Wählermitteln wolle ausführen lassen. Die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Kölnische Volksstimme“, die sonst in der gleichen Linie mit dem Bremer Parteiblatt schritten, erkennen, daß sie die Haltung der Fraktion für richtig anerkennen. Später hat dann Rosa Luxemburg zwei Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht, die der Fraktion und noch mehr dem „Vorwärts“ den Vorwurf machen, daß sie die Forderung der Militärpolitik in den Vordergrund gestellt und keinen Versuch gemacht haben, die Massen für diese Forderung in großen Versammlungen und mit Demonstrationen ins Feld zu führen. Darauf antwortete gestern der „Vorwärts“:

Der Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ stellt, miß zu der Meinung kommen, den „Vorwärts“ sei in der Forderung noch unentschiedener als die Fortschrittspartei. Nach R. L. hat der „Vorwärts“ auf die Militärforderung überhaupt verzichtet und ist nur für Herabsetzung der dreijährigen Dienstzeit bei den besetzten Truppen und für Abschaffung des Einjährigenprivilegs eingetreten.

Wie liegen die Dinge aber in Wirklichkeit? Als die Gesetzesvorlage offiziell bekanntgegeben wurde, hat sie der „Vorwärts“ sofort als erster in einem äußerst scharfen Artikel unter ausdrücklichem Hinweis auf unsere Militärforderung kritisiert. Der Artikel erregte ein Wutgeheul in der gesamten bürgerlichen Presse. In vielen Artikeln und Notizen, die sich mit der Gesetzesvorlage beschäftigten, ist dann im „Vorwärts“ immer und immer wieder auf die Militärforderung Bezug genommen worden. Als die französische Regierung nach Bekanntwerden der deutschen Gesetzesvorlage den Gesandten über die dreijährige Dienstzeit eintrachtete, erschienen im „Vorwärts“ zwei Artikel über die Herabsetzung der dreijährigen Dienstzeit bei den besetzten Truppen. Ausdrücklich wurde aber in diesen Artikeln auf unsere Militärforderung verwiesen und es wurde nachdrücklich betont, daß es sich um eine Forderung handele, die vor allem unseren französischen Genossen zugute kommen sollte. Kein Mensch wird doch leugnen wollen, daß die Absaffung der dreijährigen Dienstzeit in Deutschland den Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit in Frankreich nicht unwesentlich gefördert hätte. Der in diesem Artikel geäußerte Nachweis, daß die Verkürzung der Dienstzeit technisch möglich sei, schließt noch lange keinen Verzicht auf die Militärforderung in sich.

Inzwischen haben ja die Verhandlungen im Reichstage wieder begonnen und die Genossen können sich durch eigene Beobachtung ein Bild und ein Urteil über die Haltung der Fraktion machen.

11. Generalversammlung des Verbandes der Hut- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Berlin, den 9. Juni 1913.

Am Montag früh trat die Generalversammlung in Berliner Gewerkschaftshäuser zusammen. Es nahmen 48 Delegierte, 2 Vorstandsmitglieder, sowie der Genosse Schauer, Wien als Vertreter der Bruderorganisation an den Verhandlungen teil. Nachdem die Formalitäten der Eröffnung erledigt und die Tagesordnung festgelegt war, wurde die Sitzung zur Debatte der

Verhandlungen gewählt, welche der Vorsitzende Meißner das Wort zum

Geschäftsbericht.

derselbe erstreckt sich auf die letzten drei Jahre. Anknüpfend an die Beschlüsse der Allgemeinen Generalversammlung schilbert Meißner die Arbeiter, die zur Verschmelzung mit dem Verband der Hutwarenarbeiter vorgeschritten, die aber leider zu keinem Resultat führten. Besonders die Dresdener Vertrauensleute wendeten sich gegen die Verschmelzung, weil nach ihrer Meinung die Hutmacher noch sehr viel Agitationsarbeit in den eigenen Reihen zu bearbeiten haben, und deshalb für die Hutwarenindustrie wenig Kräfte und wenig Zeit zur Verfügung steht. Im Jahre 1910 waren in der Hutindustrie 25.000 Personen beschäftigt, davon 8000 männliche und 17.000 weibliche, im Jahre 1912 war aber die Gesamt-Arbeiterzahl auf 30.000 (davon waren 9000 männliche und 21.000 weibliche Arbeiter) gestiegen. Diese Entwicklung zeigt, daß der Hutmacherverband noch ein recht großes Rekrutierungsgebiet hat und nicht bei den kleineren Verbänden um Verschmelzung zu bemühen braucht. Die Umfrage in den 14 Hauptstellen des Hutmacherverbandes betreffs der Verschmelzung habe ergeben, daß nur 2 sich rückhaltlos für die Verschmelzung ausgesprochen haben, die anderen Zahlstellen hielten die Zeit noch nicht für gekommen, in Anbetracht der vielen Arbeit in den eigenen Reihen. So ist die Agitation unter den Hutmachern, die doch so nahe liegt, fast gänzlich in den Hintergrund getrieben.

Mit der Ausbreitung des Verbandes ist auch die Zahl und der Umfang der Lohnbewegungen gewachsen.

Es fanden statt: 334 Lohnbewegungen mit und ohne Streiks. Die Zunahme der Lohnbewegungen ohne Streiks ist auf die wachsende Stärke des Verbandes und auf die allgemeine Konjunktur in den letzten zwei Jahren zurückzuführen. — In den drei Jahren sind für 5000 Beschäftigte 500.000 Mark an Lohnsteigerungen erreicht worden und für 3812 Beschäftigte Lohnaufschläge für Überstunden. — Zu diesen zählt und mehrbaren Leistungen kommen noch die Leistungen für die Heizung, die Bibliothek, Bildungsreisen, Arbeitsvermittlung usw., sodaß der Verband in seinen Leistungen sich sehen lassen kann. In Zukunft müsse der Verband der Frage der Erziehung der Arbeiter größere Aufmerksamkeit widmen.

Der Kassenericht gab Steffert-Mensberg, Darnag betrug die Gesamteinnahme in den drei Berichtsjahren:

1910, 1911 und 1912 623 621,42 Mk.
die Ausgaben 518 789,22

Mehreinnahme 104 832,20 Mk.

Gesamtvermögensbestand der Hauptkasse am 31. Dezbr. 1912:
Verband 289 182,10 Mk.
Invalidentasse 30 199,83
Frauenrentenkasse 40 851,34

Summa 360 233,27 Mk.

An Unterstützungen wurden vorausgezahlt im Verband in den drei Berichtsjahren 323 854,40 Mk.

Für Kampfeswende verausgabte die Hauptkasse in den drei Berichtsjahren:

die Hauptkasse 6 806,00 Mk.
die Mitgliederkassen 30 915,43
die Lokalkassen 19 894,90

Summa 56 616,33 Mk.

Vermögensbestand am 1. Jan. 1910 . 178 080,11 Mk.
Vermögensbestand am 31. Dez. 1912 . 283 983,31

Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1910, männlich und weiblich . 8 171
am 31. Dezember 1912, männlich und weiblich . 11 088.
Die Mitgliederzunahme betrug 2017, gleich 25 Prozent.

Der Ausschussbericht wurde vom Kollegen Stroff von Auckampald gehalten, doch erstreckte sich derselbe auf interne Verbandsangelegenheiten.

Die Berichte des Vorstandes, des Kassierers und des Ausschusses wurden gleichzeitig zur Diskussion gestellt. Grundförmlich Einwendungen gegen die Geschäftsführung des Vorstandes wurden von keiner Seite erhoben. Im Hinblick auf die starke Fluktuation der weiblichen Mitglieder wurde die allgemeine Durchführung der Hauskassierung gewünscht, woran wir sich den Erfolg verspricht, daß die Mitglieder dem Verband erhalten bleiben. Mehrere Redner traten dafür ein, daß die Lohnstatistiken wieder aufgenommen werden. Diefelben würden brauchbares Material für Verhandlungen mit den Unternehmern bieten. Die Verschmelzungsfrage wurde von allen Rednern, die sich mit ihr beschäftigten, als noch nicht spruchreif bezeichnet.

Nach Schluß der Diskussion erhielt der Verbandsvorsitzende Meißner und der Kassierer Steffert das Schlußwort. Dann wurde dem Verbandsvorstande einstimmig Entlastung erteilt. Nach einem Schlußwort des Ausschussvorsitzenden wurde auch der Ausschuss entlastet.

Ein von einem Dresdener Delegierten gestellter Antrag forderte, daß die Verschmelzung mit dem Verband der Hutwarenarbeiter verlagert wird. — Nachdem der Vorsitzende Meißner festgestellt hatte, daß der eingeladenen Vorsitzende des Verbandes der Hutwarenarbeiter nicht erschienen sei und ansetzenden auch nicht kommen werde, wurde der Dresdener Antrag angenommen. Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Es folgt der zweite Punkt:

Zunächst werden die Anträge behandelt, welche sich auf die Invalidentasse beziehen. Diese besteht als fakultativer Einrichtung neben der Verbandskasse. Mehrere Anträge liegen vor, welche die Invalidentasse zu einer obligatorischen Einrichtung machen und sie mit der Verbandskasse verknüpfen wollen. Der Verbandsvorstand beauftragt, neue Mitglieder in die Invalidentasse vom 1. Juli ab nicht mehr aufzunehmen. — Die Diskussion über diesen Punkt währte bis zum Schluß der Sitzung und wird morgen fortgesetzt.

Briefkasten.

R. W., Postkassette. 1. Gewiß, Ihr Bruder kann den verdienten Lohn verlangen, doch der Arbeitgeber kann ihn auch auf Entschädigung verklagen, wenn er ohne gesetzlichen Grund die Arbeit verläßt hat. Abzüge vom Lohne für Vertretungskosten darf der Arbeitgeber nicht machen. 2. Nein.
P., Mißtraue. Es kann jeder sein Testament selbst durch errichten, daß er es von Anfang bis Ende allein schreibt und unterschreibt und zuhause oder bei Gericht aufbewahrt.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Föcher. — Redaktion und Expedition des Gruppenblattes 7. — Verlag des „Vollwächters“, G. m. b. H. — Druck bei P. Gargay, G. m. b. H. — Druck in Breslau. — Dierks & Schöler.

Jeden Tag eine andere

würzige pikante Saucen und machen Abend auch ohne Fleisch ein nahrhaftes warmes leckendes Essen — dank der neu erfundenen, sofort fertigen

Knödel mit Rottl-Braten, oder Kartoffeln mit Rottl-Goulasch. Saucen schmecken vorzüglich!

Überall erhältlich!

Sardellen, Capern, Sardellen, Meerrettich, Gulasch, Tomaten, Mädeln, Pilz, Rottl-Saucen!

Rottl-Saucen

Aleinige Erfinder und Hersteller: Houssey & Schwarz, Rottl-Gesellschaft m. b. H., München.

auch Aleinige Fabrik der echten, anerkannt ersten Rottl-Saucen, Capern & Sardellen.

Vertriebsstellen: Rottl-Saucen, Capern & Sardellen.

Verlag: W. & J. G. P.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Juni.

Die Mitglieder und Vertreter

des sozialdemokratischen Vereins Breslau versammeln sich Donnerstag abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses zur Generalversammlung. Es werden die Jahresberichte erstattet und die Neu- wahlen des Vorstandes usw. vorgenommen. Der Vorstand erwartet zahlreichen Besuch.

Tausende neuer Abonnenten

könnten der Parteipresse zugeführt werden, wenn alle Parteigenossen ihrer Pflicht bewusst, werbend für das eigene Blatt gehörig wirkten. Riesengroß noch ist das Heer der uns fernstehenden Arbeitsbrüder, und so mancher hält sich lebendig deshalb zur Seite, weil niemand ihm den rechten Weg gemiesen. Hier helfend eingzugreifen, diesen noch in Unkenntnis und Unverständnis lebenden Proletariern die weltumfassende, weltbewingende Aufgabe unserer Bewegung klarzulegen, sie von der Notwendigkeit der tätigen Unterstützung des erlösenden Werkes zu überzeugen, das muß die erste Pflicht aller Parteigenossen sein.

Und es darf wohl gesagt werden: wer seine Arbeit, seine freie Zeit daran gibt, möglichst viele sehend zu machen, in ihren Seelen den Funken ihres Menschentums zur hellen Flamme zu entfachen, der darf sich jenen Ersten unter uns die Hand reichen, die die Quelle des Lichtes gesucht und gefunden haben. Es gibt keine Arbeit, die ertragreicher, die zukunftssicherer wäre, als diese Agitation von Mund zu Mund, als dieses Säen in noch unberührte Herzen.

Aber auch wegen des ureigensten Vorteils muß jeder Parteigenosse dafür sorgen, daß seine Forderungen und Wünsche in möglichst naher Zukunft befriedigt werden. Nur wenn die große Masse der Fernstehenden für unsere Ideale gewonnen ist, werden wir unsere Ziele erreichen. Das beste Mittel dazu ist die Verbreitung unserer Parteipresse. Nur wer Leser unserer Zeitung war, wird zum Mitglied für die Partei gewonnen werden können, nur wer verständlich alle Ereignisse unserer Weltanschauung betrachtet, der wird und kann von uns als fester Helfer in unserem Kampfe angesprochen werden dürfen.

Gerade die Agitation für die Parteipresse ist die Grundlage für alle Arbeiten im Dienste der Partei. Deshalb sollte kein Genosse, der es ernst meint mit seiner Ueberzeugung und den daraus erwachsenden Pflichten, fehlen, wenn der Ruf an ihn ergeht, mitzuhelfen an der Verbreitung unserer Ideen.

Sonntag, den 15. Juni, wird wieder eine Agitation für die „Volkswacht“ vom Lokal „Zur Lindenblüte“, Königgräberstraße 12, aus veranstaltet. Wir bitten alle Parteigenossen um regste Teilnahme, ganz besonders aber die Mitglieder der umliegenden Distrikte.

Zur Genehmigung der Volksfürsorge.

Dem Vorstande der Volksfürsorge ist, wie bereits mitgeteilt, vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung unter Hinweis auf die Senatsentscheidung vom 6. Mai 1913, durch ein Schreiben vom 10. Mai mitgeteilt worden, daß der Eröffnung des Geschäftsbetriebes, sobald die Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen ist, nichts mehr entgegensteht.

Die Eintragung in das Handelsregister in Hamburg geschah am 17. Mai. Der Senatsentscheidung am 6. Mai ging

eine mündliche Verhandlung über die Zulassung der Volksfürsorge voraus. An dieser nahmen Teil als Vertreter die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder A. von Elm und Fr. Lesche und der Vorsitzende des Aufsichtsrates, G. Pauer. Auf die Frage des Senatsvorsitzenden, ob die sozialdemokratische Partei bei dem Unternehmen beteiligt sei, wurde von den Vertretern der Volksfürsorge ausdrücklich bestritten, daß die sozialdemokratische Partei als solche weder wirtschaftlich noch sonst irgendwie an der Volksfürsorge beteiligt sei. Außer dieser Frage wurde in der Sitzung eingehend über den Organisationsplan der Volksfürsorge erörtert. Vom Kaiserlichen Aufsichtsamt wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß, wenn die Gewerkschaftsleiter die Einlassung der Prämien für die abgeschlossenen Versicherungen übernehmen würden, bei den den freien Gewerkschaften nicht angehörenden Personen die Erhebung der Prämien zeitweilig nicht prompt erfolgen würde. Der Organisationsplan sei ein Teil des Geschäftsplanes; das Kaiserliche Aufsichtsamt müsse verlangen, daß den übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Einlassung der Prämien unter allen Umständen entsprochen werde.

Durch die Vertreter der Volksfürsorge wurde hierzu erklärt: Die Volksfürsorge werde in ihrem eigenen Interesse dafür sorgen, ihre Verpflichtungen auch in der Einlassung der Prämien genau durchzuführen. Die Volksfürsorge werde auch schon von vorn herein versicherungstechnischen Standpunkte Wert darauf legen, daß der Preis ihrer Versicherungen ein großer werde. Der Volksfürsorge sei nicht damit gebietet, nur Versicherungen abzuschließen, vielmehr müsse ihr daran gelegen sein, die Versicherten zu veranlassen, bis zum normalen Ablauf ihrer Versicherungen regelmäßig ihre Prämien zu entrichten. Außerdem komme in Betracht, daß in einer Reihe von Orten die Konsumvereine eine große Zahl von Mitgliedern hätten, die den freien Gewerkschaften nicht angehören; die Erhebung von Prämien bei von diesen Mitgliedern abgeschlossenen Versicherungen stege mithin nicht nur im Interesse der Volksfürsorge, sondern auch in dem der Konsumvereine. Die Volksfürsorge werde deshalb ihre Organisation in allen Orten so ausbauen, daß die regelmäßige Erhebung der Prämien bei allen bei ihr Versicherten erfolgen würde.

Den Gewerkschaftlern, Genossen und ihren Frauen kann nicht dringend genug empfohlen werden, bei „Volksfürsorge“ beizutreten, denn jeder Pfennig ist bei ihr nutzbringend angelegt. In den heutigen sogenannten Volksversicherungen machen wohl die Herren Direktoren und Gesellschafter ein glänzendes Geschäft, aber die Mitglieder bekommen weniger heraus, als sie hineingezahlt haben.

Der Unfug von Breslau.

Eine Verteidigung des Kriegervereins-Bannstrahls gegen Hauptmanns Festspiel schließt die „Tägl. Rundschau“ mit folgenden Worten:

„Es wäre erfreulich, wenn die Proteste gegen den Unfug von Breslau sich derart häuften, daß ihm ein Ende gemacht würde.“

Von den fünfzehn Vorstellungen, die mit dem Festspiel stattfinden sollen, ist ungefähr die Hälfte absolviert, acht stehen noch aus. Die Hag der Patrioten wäre also geeignet, der Stadt Breslau, die ja Veranstalterin des Festspiels ist, einen erheblichen finanziellen Schaden zuzufügen. Zum Glück tritt das Gegenteil ein. Auf die ausverkaufte Premiere folgten zwei Vorstellungen mit minderem Besuch, seit aber die Herunterreißung des Festspiels in der sogenannten patriotischen Presse begonnen hat, hebt sich das Interesse des Publikums von Tag zu Tag und am Sonnabend und Sonntag sah die

Riesenhalle den Besuch vieler Tausender, die das in Acht erklärte Festspiel nun erst recht sehen wollten. Die Stadt kann also den ungewollten Förderern ihrer Sache ein Dank schreiben schicken.

Der dritte Tag der Breslauer Flugwoche

war weniger vom Wetter begünstigt als die beiden ersten. Trotz dem ein starker und rauher Wind wehte, wagten die Flieger doch den Aufstieg, hatten aber mit dem Winde oft genug Start zu kämpfen. Am Dienstag bewarb sich Staggge um den für jeden Tag ausgeschriebenen Frühpreis von 200 Mark, den derjenige erhält, der den ersten Aufstieg am Tage macht und zehn Minuten in der Luft bleibt, mit Erfolg. Den zweiten Frühpreis holte sich Schlegel mit einem Fluge von gleicher Dauer. Friedrich stieg um 5,18 Uhr zu einem Dauerfluge auf, war aber gezwungen, bei Gumbäfeld eine Notlandung vorzunehmen. Er kam erst abends 8,32 Uhr auf den Flugplatz zurück. Um den Photographie-Wettbewerb konkurrierten Leutnant Carganico mit dem Hauptmann Kaupisch als Passagier, und Stöffler mit Leutnant Winkler. Im Dauerwettbewerb und dem Wettbewerb um die größte Zahl der Flüge stiegen Staggge, Schlegel, Friedrich, Schall und Reichelt auf. Drei vom Schlesischen Aeroklub ausgeschickte Extrapreise gewannen Schall, Schlegel und Staggge. Einen Höhenpreis des Prinzen Sigismund von Preußen holte sich Leutnant Carganico mit einem Passagier-Dauerflug von 1 Stunde und 47 Minuten. Er erreichte eine Höhe von 1650 Metern. Zu gleicher Zeit schwebten Schlegel, Staggge, Carganico, Kaupisch und Schall über dem Flugplatz in den verschiedensten Höhen. Oft waren die Flieger den Blicken der Zuschauer ganz entchwunden.

Im ganzen wurden achtzehn Flüge ausgeführt; fünfmal davon flog Schlegel auf, ferner flogen Staggge, Friedrich, Leutnant Carganico, Stöffler, Kaupisch, Schall und Reichelt. Am längsten blieb Stöffler in der Luft, nämlich 2 Stunden 16 Minuten, Leutnant Carganico 1 Stunde 47 Minuten.

Mit Rücksicht auf den zeitweise recht starken Wind, der in Höhe von 200 Meter noch viel stärker war, als am Erdboden, sind die Leistungen der Flieger geradezu glanzvoll. Der Flugplatz war trotz des den Fliegern durchaus nicht günstigen Wetters besser besucht als am Montag. Heute Mittwoch werden die Flüge, vorausgesetzt der Wind ist nicht zu stark, fortgesetzt.

Die offiziellen Resultate des zweiten Flugtages sind folgende:

Für den Dauerflug A. Friedrich auf Ulrich-Taube mit 2 Stunden 22 Minuten, Leutnant Carganico auf L.-V.-Doppeldecker mit 1,56, Stöffler auf Abtair-Doppeldecker 1,44, Schlegel auf Abtair-Eindecker 1,43, Reich auf Albatros 1,32, Staggge auf Wright-Doppeldecker 1,25, Schall auf Grabe-Eindecker 1,02. Außerdem flogen noch: Schlegel bei einem Probeflug 8 Minuten, Kaupisch 14 Minuten, Reichelt 5 Minuten. Höhenflüge: Leutnant Carganico mit Passagier 2100 Meter, Stiff mit Passagier 1800 Meter, Schlegel 805 Meter. Die Flughöhe der übrigen Piloten betrug zum Teil 200 bis 500 Meter. Im Wettbewerb für die meisten Aufstiege erreichten Stöffler und Schlegel mit je 9 Flügen die größte Anzahl. Friedrich und Schall erhoben sich je viermal in die Lüfte, und der Wrightpilot Staggge dreimal. Der Preis wurde Schlegel auf Abtair-Eindecker zugesprochen.

Jahrhundert-Ausstellung.

Vom Gerhart Hauptmann-Festspiel.

Wagen ist in der Jahrhunderthalle die achte Aufführung der Dichtung, für die sich, wie der Besuch beweist, eine ständige steigende Aufmerksamkeit in der Stadt, in der Provinz und im ganzen Reich kundgibt. Das viel umstrittene Werk beschäftigt auch heute noch, fast 14 Tage nach der Aufführung, die gesamte deutsche Presse und entfesselt einen ungewöhnlich lebhaften Meinungsaustrausch, der es für jeden geboten erscheinen läßt, sich

Kunst und Wissenschaft.

Das Festspiel.

Zorn und Enttäuschung hat sich in allen „wahrhaft patriotischen“ Kreisen eingestellt über das gänzliche Versagen des Hauptmannschen Festspiels im Interesse des deutsch-nationalen Gedankens und der hochbegabtesten Familienintellektuellen. Statt der preussischen Selbstenbaten steht ein „nebelhafter Weltgeist“, vereinigt mit französischer Revolutionsromantik im Mittelpunkt der Handlung. Und daß in dem Breslauer Festspiel während dieser erteigten, gefährlichen Zeit die menschliche Idee des Fortschritts über die wachsende Pestilenz des Krieges siegte, das in der Dekoration gar die preussischen Fahnen und das Eisernes Kreuz fehlten — diese Wahrzeichen preussischen Denkens und Handelns steigert den Schmerz in der patriotischen Brust noch besonders. ... Eine lieberhafte Tätigkeit hat sofort in den Reihen der „Enttäuschten“ eingesetzt; gegenüber diesem individualistischen liberalen Festspiel muß ein wahrhaft patriotisches Gegenstück geschaffen werden. Zur Verwirklichung dieses großen Gedankens hat sich ein Reichsausschuß unter allerhöchsten Protektoren gebildet. Da die Jahrhundertfeier nun doch schon durch und durch verpufft ist, wird das bevorstehende Regierungsjubiläum die Gelegenheit für das Festspiel bieten. Alle Einzelheiten des Unternehmens sind in gewohnter Schnelle bereits festgelegt.

Ort der Aufführung: Berlin, Lustgarten, zu Füßen des theatrales Denkmal Friedrichs Wilhelm IV. Freilichtbühne, eingefaßt und geschützt von einer rogenden Mauer scharfer, blühender Bjonette. Die Direktion und Regie liegt in den Händen einer bewährten Kraft, die sich in langer, öffentlicher Wirklichkeit als Festredner, Regisseur, Techniker, Schauspieler, Maler, Dichter, Prechtler usw. als glänzendes Genie gezeigt hat.

Vor geladenem, patriotisch-empfindlichem Publikum (in Breslau überwiegt der internationale und sonstige Pöbel) werden nur durchschlagende Einakter gespielt; ebenfalls im Gegensatz zu dem langatmigen, romantischen Drei in Breslau. Das schauspielerische Personal ist zusammengesetzt aus den anerkannt fähigsten Köpfen der bürgerlichen Politik und Wissenschaft. Der

bekanntem Energie des Regisseurs ist es gelungen, die eintretenden Gegensätze auszugleichen.

Erste Nummer des Programms: Symphonie an die Hohenzollern; vorgetragen von einem ausgewählten, herkunftlichen udermännlichen Orchester. — Die zweite Nummer wird eine Bilanzleistung des Regisseurs bringen, eine stürzende patriotische Rede, die eine trostige Kampfansage an den inneren und äußeren Feind enthalten wird, um schließlich in ein Loblied auf die „hohenzollernische Tradition des Gottesglaubens“ auszufließen, ein improvisierter „Anruf an mein Volk.“ — Es folgt die Szene der patriotischen Jungfrauen, die ihr goldiges Haar auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Einige Generale werden alsdann, assistiert von Kriegskolonnen, die Fortschritte der Kriegstechnik und deutschen Kultur während der letzten Zeit dem begeisterten Publikum demonstrieren. — Herr Cappel tritt als moderner Flötist auf, um in flammender Rede die deutsche Nation zum Kampf für die heiligsten Güter aufzurufen. — Herr v. Seydewitz und Oldenburg Januschau führen mit ihren Günstlingen eine Wahlrechtsposse auf, um den „Auserwählten der Nation“ die Vorzüglichkeit des herrschenden Systems vor Augen zu führen. — Ein krummbeklagter Feldmarschall mit gefährlicher Latenesse und trübender Stimme drückt vor den Augen der Zuschauer die deutsche Jugend, denn auch diese neueste Errungenschaft des Patriotismus darf in dem Programm nicht fehlen.

Zwischen den einzelnen Nummern wird der Orchesterführer seine auserwählten, bestellten Roterhühner vollführen; unter anderem wird er, auf dem Sattel sitzend daherkommend, auf der gelächelten Degenspitze eine Weisheit haltend mit der goldenen Fackel. Die Zeit muß nicht so sehr auf den Equitern des Klatsch, wie der preussische Staat auf einer höheren Mittelmacht.

Das sind ja die Hauptflieger, des, wie man auf den ersten Blick sieht, vorzüglich gewählten Repertoires. Die durch die Breslauer Schandtat schwer gekränkten Patrioten werden durch dieses patriotische Festspiel glänzend entschädigt werden — damit blüht der große Regisseur, die erhabene Idee, die dem Werk ihr Grunde liegt, und endlich das schauspielerische Personal.

Meißner Hermannsschlacht in der Jahrhunderthalle.

Die Breslauer Studentenschaft beabsichtigt am 18. und 20. Juni die „Hermannsschlacht des unglücklichen Heinrich von Kleist“ aufzuführen; ein Werk, das von wirklichem, patriotischer Begeisterung durchglüht ist. In der Aufführung sollen nur Militärenten mitwirken, auch die Hauptrollen soll man mit ihnen besetzen. Es ist das eine schwere Aufgabe, wenn man eine würdige Aufführung herausbringen will und es nicht bei einer der sattem verächtlichen Theater-Vorstellungen bewenden läßt. Die Spielleitung liegt in den Händen unseres neuen Stadttheater-Intendanten Runge. Doch es wäre verfehlt, schon bei dieser Gelegenheit eine vollwertige Probe seines Könnens zu erwarten.

Aus aller Welt.

Sturmflug Paris-Berlin.

Sechs Stunden Flugzeit.

Eine Flugleistung, wie sie bisher wohl unerreicht dasteht, hat am Dienstag der französische Flieger Brindejone de Molinats auf einem Morane-Sulzer mit 60 Pferdekraftigen Spinnmotor über eingetroffen. Obwohl hier ein unregelmäßiger Sturm herrschte, so daß alle Schuppen geschlossen blieben, landete der Flieger im Spiralenflug aus 1800 Meter Höhe und ließ sich nach seiner Landung in der Höhe von 1000 Metern wieder abheben, bei während der Fahrt gebrochen war, wurde angesetzt werden. Um 10 Uhr flog Brindejone bereits weiter.

450 Kilometer in 3 Stunden.

Brindejone hatte seine Absicht, heute nach Berlin zu kommen, mußte aber abbrechen und so wurden nur wenige Ein-

Henry Bender vor dem Gewerbegericht.

Ein wichtiger Streitfall spielte sich in der Sitzung des Gewerbegerichts am 6. Juni unter dem Vorsitz des Magistratsassessors Steinberg ab. Als Klägerin trat die Chansonette Fel. Derville auf. Angeklagter war der Direktor der Revue 1918 Henry Bender in Liebig's Stabliement. Die Sängerin ist ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden, weil sie sich geweigert hat, eine Dreimonatsfrist von 20 Mark zu zahlen, die der Direktor ihr auferlegte. Fel. Derville hielt die Entlassung als ungesetzlich und forderte vom Direktor auf Grund des abgeschlossenen Anstellungsvertrages einen Restgehalt von 97 Mk. und für die vier Monate Juni bis Oktober weitere 180 Mk. monatlich. Der Beklagte beantragte grundsätzlich, daß das Gewerbegericht sich zur Entscheidung für ungesetzlich erklären sollte, da es sich um einen Kunsttempel handelt, im anderen Fall aber die Abweisung der Klägerin, weil diese nicht entlassen worden, sondern von selbst gegangen sei.

Das Gewerbegericht entschied, daß der Angeklagte nach dem Klageantrage zu verurteilen sei. Nach der Beweiserhebung und dem ganzen Gergange der Sache könne das Gericht nicht annehmen, daß die Klägerin freiwillig das Anstellungsverhältnis lösen wollte; sie ist vielmehr entlassen worden und die Entlassung war ungerechtfertigt. Es kommen hier die Vorschriften des böhmisches Rechtswörterbuchs zur Anwendung und danach stand der Klägerin eine entsprechende Kündigungsfrist zu. Das Gewerbegericht habe sich als zuständig betrachtet, da es den Darlegungen der Beklagten ein höheres Kunstinteresse nicht zuerkennen kann. Es handle sich um eine wandernde Varietégroupe. Im übrigen haben Gewerbe- und ordentliche Gerichte bis zum Reichsgericht entscheiden, daß Varietés nicht als Kunsttempel im Sinne der Gewerbeordnung zu erachten sind.

Schwerer Straßeneinbruch. Auf dem Tauengienplatz wurde am Montagabend ein Schloß von auswärts von einem Lastwagen überfahren. Der LKW erlitt schwere innere Beschädigungen.

Selbstmordversuch. Am Dienstagabend gegen 10 1/2 Uhr trank ein Mädchen auf der Neuborsstraße 15/16, das Mädchen wollte mit ihrem Bräutigam zusammen bei seiner Freundin auf der Schillerstraße und war dort vergnügt und guter Dinge, lachte und scherzte bis zum letzten Augenblick. Plötzlich als sich die Freundin nach dem Rinde umwandte, zog das Mädchen ein Glaschen mit Lysol hervor und trank den Inhalt aus. Mit einem Ruck brach die Schöne in heftige Krämpfe zusammen. Man rief sofort die Samariter der Feuerwehr herbei, die der Vergifteten die erste Hilfe leisteten und sie dann ins Bismarck-Haus-Krankenhaus schafften. Das Mädchen hatte bereits im vorigen Jahre einen Selbstmordversuch gleicher Art unternommen, doch gelang es den Bemühungen der Ärzte, es am Leben zu erhalten und wieder herzustellen; auch diesmal hofften die Ärzte, die Vergiftete am Leben zu erhalten.

Ein Kind überfahren und schwer verletzt. Am Dienstag nachmittag kurz vor 5 Uhr wurde auf dem Berliner Platz am Freiurger Bahnhof der 10 Jahre alte Schüler Hermann Engler, Köpferstraße 54, beim Überqueren des Fahrdammes von einem schweren Bierwagen überfahren. Der Knabe wurde von den Pferden umgerissen und die Räder gingen über ihn hinweg. Das Kind hat mehrere Arm- und Beinbrüche erlitten. Es wurde ins Allgemeinhospital geschafft.

Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Abstinenzbund. Freitag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Pomona“, Albrechtsstraße 45, allgemeine Versammlung. Auf der Tagesordnung steht die Vorbereitung des Genossenparties über die Frage: Wie wird man Abstinenz? Alle Arbeiter-Abstinenzisten und die es werden wollen, sind freundlichst eingeladen. (Siehe die Anzeiger.)

Aus Breslau (Land-)Neumarkt.

Krankheitsbericht. In der Woche vom 1.—8. Juni 1918 erkrankten an Ruhr: in Gersdorfs (Pflegerhaus) 5 Personen; an Diphtherie: in Peterwiy 1 Person. Gestorben an Lungen- und Kehlkopfentzündung: in Weidenhof 1 Person.

Groß-Mohbern. Die sogenannten Privatbänder werden jetzt vor dem 25-jährigen Regierungsfest des Kaisers allerorten angeboten. Wenn die „Partioten“ das Bedürfnis haben, sich mit solchen Bändern zu schmücken, so wollen wir sie nicht stören. Sie gehen aber auch, wie es hier gebräuchlich ist, in die Schulen und möchten es am liebsten allen Kindern zur Pflicht machen, ein Privatband zu kaufen. Dagegen ist entschieden Einspruch zu erheben. In der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit haben die armen Väter wichtigeres zu tun, als ihren Kindern Privatbänder zu kaufen; außerdem wollen sie ihre Kinder auch nicht zu Durrapatrioten erziehen, sondern zu selbstberufenen Menschen, die stets für Recht und Freiheit kämpfen.

Germansdorf. Vermißt wird seit 14 Tagen der Nachwächter und Gemeindevorstand unseres Dorfes, Gustav Reichelt. Auf sein Wiederfinden ist eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt worden. — Kaninchen diebstahl. Dem Arbeiter Richard Seidenreich wurden am Montag aus seinem Stalle zwei junge Kaninchen gestohlen, sieben andere Kaninchen, die noch im Stalle waren, ließ er unberührt.

Schlesien, Polen und Nachbargebiete.

Wahlkreis Glogau. Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 3 Uhr, in der „Alten Reichshaus“, Kirchstraße 1:

Kreis-Konferenz. Tagesordnung:

- 1. Jahres- und Rechenschaftsbericht.
- 2. Organisation und Agitation. Referenten: Gen. Zimmer und Scholich-Breslau.
- 3. Wahl des Kreisvorstandes.
- 4. Anträge.
- 5. Beschlüsse.

Zu dieser Konferenz sind alle Mitglieder (Männer und Frauen) hiermit eingeladen. Wir erwarten vollständigen Besuch. Der Kreisvorstand.

Wahlkreis-Konferenz für Reiffe-Biegenhals

Sonntag, den 6. Juli 1918, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftslokale zu Reiffe. Ortsvereine, welche Anträge zu derselben stellen wollen, haben dies bis zum 1. Juli bei der Kreisleitung zu tun. Auf je 25 Mitglieder ist ein Delegierter zu entsenden. Josef Kneffel, Vorsitzender.

Böhen, Kreis Brieg, 11. Juni. Aus dem Zuge gefürat. Wie berichtet in unserer Dienstag-Nummer, daß in der Nähe der hiesigen Station ein junger Mann, anscheinend ein junger Geistlicher aus dem Zuge gestiegen und in das Krankenhaus zu Böhen geschafft worden sei. Der Vorgang hat sich nach neueren Mitteilungen wie folgt ereignet: Der Diakon Rubeski aus Gieselsdorf wurde wegen Verletzung von Gefäßgefäß durch einen Schußwunden in Böhen nach seiner Heimat gebracht. Ein befreundeter Konfessionar hatte die Begleitung übernommen, nachdem er sich zuvor völlig ruhig dem Vorschlage des Alumnatsrektors angeschlossen hatte. Auf der Fahrt wurde er von einem neuen Wägen eines Lebens befallen, in dessen Verlauf er sich aus dem Zuge lösen wollte. Zwischen beiden Geistlichen, die allein im Coupé waren, entspann sich ein verheerender Kampf. Bevor der Begleiter die Wunde ausheilen konnte, hatte die Leiche schon geöffnet und wurde aus dem Zuge entfernt. Der Begleiter ist zu verdanken, daß er nicht mit herausgerissen wurde. Er hatte ihm nämlich einen heftigen Stoß vor die Brust gegeben, wobei er zu Falle kam. Bei dem Absturz hatte sich R. schwere Verletzungen am rechten Arm und insbesondere innere Verletzungen zugezogen. Der ersten Verband schloß er im Böhmer Krankenhaus, worauf seine Überführung nach dem Kloster der Barmherzigen Schwestern in Breslau erfolgte. In seinem Aufkommen wird gewisselt.

Schmiedeberg, 11. Juni. Als Leiche aufgefunden. Im „Silberloche“ im Forste zu Dornsdorf s. d. B., wurde dieser Tage der seit dem 10. März d. J. vermißte Forstarbeiter Hermann Wolf als Leiche aufgefunden. Wolf, der im Forstrevier Tannenbaude bei Schmiedeberg in Arbeit stand und in Buchsborwert logierte, entfernte sich am 10. März nach Beletabend von seiner Wohnstätte und blieb trotz eifriger Nachforschungen verschollen. Da fehlte kein Zeichen auf Selbstmord schließen lassen, ist anzunehmen, daß Wolf dort ertrunken ist.

Ortsberg, 11. Juni. Märschhafter Tod. Am Sonntag früh wurde der Steinarbeiter Franz Seidel von seiner Frau tot im Bett aufgefunden, trotzdem er sich noch am Abend vorher ganz gesund zu Bett gelegt hatte. Auffällig ist bei dem plötzlichen Tode, daß am selben Abend zwei Männer aus dem Gefängnis entlassen wurden, die auf das Beugnis des Verstorbenen von der Strafkammer zu Schwabmühl zu anderthalb Jahren Gefängnis wegen Jagdvergehens verurteilt wurden und an diesem Tage ihre Strafe verbüßt hatten.

Ortsberg, 11. Juni. Märschhafter Betrug. Am Dienstag früh fanden Passanten im Schaufelgraben an der Aufseherstraße eine männliche Leiche. Wie die Untersuchung ergab, handelt es sich um den Arbeiter Appelt, der hier vorübergehend in Arbeit gestanden hat. Der Körper des Verunglückten wies eine Schußwunde auf. Ob ein Verbrechen vorliegt oder ob und aus welchem Grunde Appelt Selbstmord verübt hat, ist noch nicht festgestellt worden.

Bunzlau, 11. Juni. Gelegenheit macht Diebe. Während des patriotischen Umzugs am Sonnabendabend wurde einem hiesigen Geschäftsmann eine ganze Tagesentnahme, bestehend in 180 Mark, gestohlen. Der Geschäftsinhaber hatte sich auf die Straße begeben, um sich den Festzug anzusehen. Diese Gelegenheit muß der Dieb benützt haben, um sich das Geld, welches in einem Beutel auf der Ladentafel lag, anzueignen. Der Dieb, welcher bei der Gelegenheit ein schönes Geschäft gemacht hat, ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

Wittsch, 11. Juni. Der Bod als Biergärtner. Der Nachwächter August Spritulle aus Neu-Borwerk, Kreis Wittsch, war beschuldigt und geständig, in der Nacht zum 15. April dem Maurer Keller durch Einstiegen ins umfriedete Gebiet über den Zaun und mittelst einer Leiter vom Neuboden ein Bünd Heu gestohlen zu haben. Das Gericht verurteilte den einmal vorbestraften Wächter zu sechs Monaten Gefängnis wegen schweren Diebstahls.

Mühlbach, 11. Juni. Ertrunken. Montag vormittag fiel das dreijährige Tochterchen des Tischlermeisters und Sägewerksbesizers Bettmann in den Mühlgraben. Das Kind wurde unter das Wasserrad der Brettschneide getrieben, wobei es ertrank. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Aus Ober-Schlesien.

Ratibor, 11. Juni. Die Unfälle der Kinder, auf dem Treppengelände zu rutschen, hat ein schweres Unglück zur Folge gehabt. Der neun Jahre alte Knabe des Maschinenmeisters Sparwaller, stürzte zwei Stock tiefer hinunter. Glücklicherweise blieb das Kind beschunungslos liegen. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe dürfte es kaum mit dem Leben davonkommen.

Oppeln, 11. Juni. Ein größlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zu Sonntag in der Gieselschen Zementfabrik. Der Arbeiter Franz Fieber aus Jęzły bei Neustadt O.S. wurde von einem Nemen der Transmission, die vorher gestanden hatte, dann sich aber wieder in Bewegung setzte, wobei sich der Nemen in die Welle verwickelte und platzte, erschlagen. Der Nemen hatte dem Bedauerwerten buchstäblich die Gurgel durchgeschnitten.

Stelitz, 11. Juni. Feuerschichten. Im neuen Stahlwerk der Pulchrischky-Hüttenwerke A.-G. am Stadtwalde sind seit voriger Woche in einzelnen Abteilungen Feuerschichten eingelegt. Im Stahlrohrwerk wurde am Freitag der Betrieb eingestellt. — So steht die gesicherte Ziffern in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus.

Neueste Nachrichten.

Neuer Kriegsausbruch?

Budapest, 11. Juni. Die Ungarische Fluß- und Seeschiffahrts-Gesellschaft erhielt die Meldung, daß seit gestern auf allen Linien der bulgarischen Staatsbahnen der gesamte Güterverkehr mit Ausnahme von Sendungen an das Kriegsministerium, an die Polizeibehörden, an das Rote Kreuz und an das Kaiserliche Palais eingestellt worden sei.

Belgrad, 11. Juni. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet aus Pest: Aus Belgrad und Sofia liegen hier überaus ernste Nachrichten vor, nach denen der serbisch-bulgarische Krieg bereits so gut wie ausgedroht ist. Daß der serbische Gesandte aus Sofia bereits abberufen worden ist, wird als besonders schlimmes Zeichen betrachtet.

Saloniki, 11. Juni. Unter den bulgarischen Truppen, die in Serres und Umgebung liegen, ist die Cholera ausgebrochen. Es sind eine große Anzahl von Fällen dieser entsetzlichen Seuche amtlich festgestellt worden und es sollen bereits an die hundert Fälle vorgekommen sein. Die bulgarischen Militärärzte, die diese Seuche nicht rechtzeitig erkannten und ihr nicht vorgebeugt haben, sind bestraft und verurteilt worden.

Fernflug Paris-Berlin.

Berlin, 11. Juni. Der französische Flieger Bistabon, der gestern früh um 5 Uhr 15 Minuten in Paris zum Wettbewerb um den Pomery-Pokal startete, ist gestern abend um 7 Uhr 15 Minuten hier glatt gelandet. Er hat damit eine Strecke zurückgelegt, die wohl die längste sein dürfte, die je ein Flieger an einem Tage zurückgelegt. Sie ist in der Luftlinie etwa 1500 Kilometer lang.

Töblicher Fliegerunfall.

Wien, 11. Juni. In der Nähe von Gerasdorf ereignete sich gestern nachmittag ein töblicher Fliegerunfall. Der Pilot Franz Seidl wurde kurz vor einer Landung mit seinem Apparat von einer hohen Weide erfaßt und aus noch unklareren Umständen töblich verunglückte. Er wurde mit schweren Verletzungen in einen der Verletzungen unter den Klumpen seines vollständigen gerüsteten Apparates hervorgerissen und sofort nach dem Krankenhaus geschafft, wo er kurz darauf, ohne die Wunden wiedererlangt zu haben, verstarb.

Paris-Petersburg.

Paris, 11. Juni. Der französische Flieger Bistabon, der sich um den Pomery-Pokal bewirbt, landete aus Berlin an den „Wald“ ein Telegramm, in welchem er der genannten Zeitung mitteilt, daß er wohlbehalten und ohne jegliche Beschädigung in Warschau angekommen ist und daß er schon heute seinen Flug nach Petersburg fortzusetzen beabsichtigt.

Die Überlebenden der Schüber-Strang-Expedition.

Tramsoe, 10. Juni. Der Dampfer „Alito“ ist mit den drei belgischen Teilnehmern der Schüber-Strang-Expedition hier eingelaufen. Sie werden im Hospital in Tramsoe behandelt.

Ueberall Spionage.

Budapest, 11. Juni. Die Geheimpolizei hat gestern gegen eine größere Tischgesellschaft, die sich in einem Gasthause zu Gasthausgasse versammelt hatte und die sich gegen die belgischen Spionageagenten absonderte, die Untersuchung wegen Ableben dieser Tischgesellschaft, unter denen sich auch eine aus Russland stammende Gelehrterin, sowie die Tochter eines serbischen Gastwirts befinden sollen, und in der überhaupt das weibliche Element vorherrscht, wurden unter strenge polizeiliche Aufsicht gestellt.

Serewo, 11. Juni. Der Sekretär des hiesigen englischen Konsulates Mac Farren wurde am Sonntage in Gesellschaft eines fremden Engländers namens Johnson im Militärlager bei Serawo gesehen, wo sie sich vor einem Tagelöhner herumumfingeln ließen und wo sie die Aufzeichnungen über die Art, die Stellung und die verschiedenen Stände der Truppen machten. Sie wurden am Montag verhaftet und der Polizei vorgeführt. Ihre Aufzeichnungen, Korrespondenzen und Tagebücher wurden beschlagnahmt und eine strenge Untersuchung des Falles wurde sofort eingeleitet. Dieser Vorfall erregt in militärischen und namentlich in polizeilichen Kreisen namentlich wegen der hierbei in Betracht kommenden Personen das allergrößte Aufsehen.

Ein Bombenattentat in Kifabon.

Kifabon, 11. Juni. Die Gedächtnisfeier für den Dichter Comens, die in der Hauptstadt bei großer Beteiligung gefeiert wurde, begann mit einem Festzuge, der sich aus mehreren Hundert jungen Soldaten zusammensetzte, die zum Denkmal des Dichters zogen, um Blumen niederzulegen. In dem Augenblicke, als der Zug sich die Rue Carma hinaufbewegte, explodierte auf dem von Bedrohungs eine Bombe. Mehrere Personen wurden verletzt. Unter den Verletzten befinden sich 34 Kinderkinder und ein Kind. Alle wurden ins Krankenhaus gebracht.

Der Urheber der Explosion, der eine schwarze Fahne mit der Aufschrift „Brot oder Arbeit“ trug, wurde selbst am Bein verletzt. Man fand ihn auf dem Platz; er erklärte, er habe Selbstmord begehen wollen.

Nach dem Attentat griff die Menge das Syndikat an, zerbrach die Möbel und versuchte, das Haus in Brand zu setzen. Mehrere Syndikalisten wurden verhaftet und von der wütenden Volksmenge auf dem Wege zum Gefängnis angegriffen. Die Regierung muß alle Vorsichtsmaßregeln ergreifen.

175 Häuser und 5 Personen verbrannt.

Mohilew (Wolynen), 10. Juni. Gestern sind 175 Wohnhäuser durch einen Brand vernichtet worden. In Puhowice gestörte ein Brand 54 Wohnhäuser. 11 Personen kamen in den Flammen um, darunter ein hundertjähriger Greis.

Unweit der russischen Grenze in Bezapke wurden fünf Personen bei einem Gewitter vom Blitze erschlagen.

6. Auflistung.

Für den 3. und 4. Wahlgang am 10. Juni 1918		2410,08 Mk.
Bezirksamt	1. Quartal 1918/14	600,-
Bezirksamt	2. Quartal 1918/14	3,50
Bezirksamt	3. Quartal 1918/14	1,85
Bezirksamt	4. Quartal 1918/14	0,50
Bezirksamt	5. Quartal 1918/14	1,-
Bezirksamt	6. Quartal 1918/14	2,-
Bezirksamt	7. Quartal 1918/14	2,80
Bezirksamt	8. Quartal 1918/14	1,25
Bezirksamt	9. Quartal 1918/14	8,40
Bezirksamt	10. Quartal 1918/14	0,90
Bezirksamt	11. Quartal 1918/14	0,80
Bezirksamt	12. Quartal 1918/14	2,10
Bezirksamt	13. Quartal 1918/14	1,70
Bezirksamt	14. Quartal 1918/14	7,65
Bezirksamt	15. Quartal 1918/14	3,70
Bezirksamt	16. Quartal 1918/14	1,-
Bezirksamt	17. Quartal 1918/14	2,-
Bezirksamt	18. Quartal 1918/14	3,85
Bezirksamt	19. Quartal 1918/14	4,90
Bezirksamt	20. Quartal 1918/14	2,40
Bezirksamt	21. Quartal 1918/14	2,85
Bezirksamt	22. Quartal 1918/14	12,15
Bezirksamt	23. Quartal 1918/14	5,90
Bezirksamt	24. Quartal 1918/14	3,70
Bezirksamt	25. Quartal 1918/14	6,15
Bezirksamt	26. Quartal 1918/14	5,85
Bezirksamt	27. Quartal 1918/14	0,80
Bezirksamt	28. Quartal 1918/14	9,-
Bezirksamt	29. Quartal 1918/14	3,35
Bezirksamt	30. Quartal 1918/14	3,70
Bezirksamt	31. Quartal 1918/14	6,20
Bezirksamt	32. Quartal 1918/14	3,75
Bezirksamt	33. Quartal 1918/14	10,-
Bezirksamt	34. Quartal 1918/14	5,10
Bezirksamt	35. Quartal 1918/14	0,70
Bezirksamt	36. Quartal 1918/14	4,80
Bezirksamt	37. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	38. Quartal 1918/14	5,-
Bezirksamt	39. Quartal 1918/14	1,-
Bezirksamt	40. Quartal 1918/14	4,60
Bezirksamt	41. Quartal 1918/14	1,85
Bezirksamt	42. Quartal 1918/14	2,85
Bezirksamt	43. Quartal 1918/14	4,-
Bezirksamt	44. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	45. Quartal 1918/14	18,15
Bezirksamt	46. Quartal 1918/14	4,30
Bezirksamt	47. Quartal 1918/14	3,25
Bezirksamt	48. Quartal 1918/14	4,40
Bezirksamt	49. Quartal 1918/14	1,-
Bezirksamt	50. Quartal 1918/14	2,80
Bezirksamt	51. Quartal 1918/14	0,70
Bezirksamt	52. Quartal 1918/14	1,-
Bezirksamt	53. Quartal 1918/14	0,75
Bezirksamt	54. Quartal 1918/14	0,80
Bezirksamt	55. Quartal 1918/14	5,35
Bezirksamt	56. Quartal 1918/14	2,35
Bezirksamt	57. Quartal 1918/14	3,70
Bezirksamt	58. Quartal 1918/14	3,75
Bezirksamt	59. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	60. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	61. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	62. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	63. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	64. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	65. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	66. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	67. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	68. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	69. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	70. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	71. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	72. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	73. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	74. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	75. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	76. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	77. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	78. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	79. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	80. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	81. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	82. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	83. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	84. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	85. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	86. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	87. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	88. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	89. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	90. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	91. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	92. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	93. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	94. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	95. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	96. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	97. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	98. Quartal 1918/14	2,25
Bezirksamt	99. Quartal 1918/14	1,35
Bezirksamt	100. Quartal 1918/14	2,25

Alkoholfreie Getränke = Bilz-Sinalco =

Thomas Brause, ...

Bäckereien und Konditoreien

Alte, Wäcker, ...

Badematten

Rein, Joh., ...

Bandagisten

Rein, Joh., ...

Bettfedern und Schnittwaren

Rein, Joh., ...

Brauerei Sacrau

Rein, Joh., ...

Genossenschafts-Brauerei

Rein, Joh., ...

Giesmannsdorfer Brauerei

Rein, Joh., ...

Hof & Görtke

Rein, Joh., ...

Bier-Apparate, Kohlensäure

Rein, Joh., ...

Café

Rein, Joh., ...

Damen-Konfektion

Rein, Joh., ...

Rösel, Felix

Rein, Joh., ...

Drogen und Farben

Rein, Joh., ...

Eisen- u. Stahlwaren

Rein, Joh., ...

Fahrräder, Nähmaschinen

Rein, Joh., ...

Fischer, Wilhelm

Rein, Joh., ...

Finger, Max

Rein, Joh., ...

Erscheint 2mal wöchentlich

Verleger, ...

Hüte und Mützen

Barth, H., ...

Hygienische Artikel

Barth, H., ...

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen

Barth, H., ...

Kaffee, Tee

Barth, H., ...

Gewaltig, Heinrich

Barth, H., ...

Pohl, B.

Barth, H., ...

Kinoapparate

Barth, H., ...

Eden-Theater

Barth, H., ...

Kaiser-Wilhelm-Theater

Barth, H., ...

Lichtspielhaus

Barth, H., ...

National-Theater

Barth, H., ...

Ring-Theater

Barth, H., ...

Wetzner, Joseph

Barth, H., ...

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Barth, H., ...

Stamm, J.

Barth, H., ...

Wagner, Albert

Barth, H., ...

Kohlen u. Erbkette

Barth, H., ...

Bezugsquellen-Verzeichnis

Hochzeits- u. Beerdigungsfahrer

Möbel-Magazine

Seifengeschäfte

Karsinsky

Nähmaschinen

Optiker

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat

Galke, Max

Papier- und Schreibwaren

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Buscher

Klostersir-20

Hilbig, M.

Langgut, August

Ring-Theater

Photographische Ateliers

Hahn, Paul

Schroeder

Futz, Modes

Restaurateurs

Kaufhäuser und Schokoladen

Flöter, B.

Korsetts

Lederwaren und Sattlerei

Lieders, W.

Lederwaren, Wäschehandlung

Malkaffee

Samf-Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Müllmann Malkaffee

Der Felsen bei Etakaten empfohlen

Seifengeschäfte

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Seife Kommit

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Wasche, Trikologen

Abgeordneter Moske gegen die Seeresvorlage.

Deutscher Reichstag.

158. Sitzung. Dienstag, den 10. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Deeringer.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Dr. Siebnecht (Soz.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß vor einigen Tagen der Bergmann Ignaz Jalušik aus Myslowitz, ein deutscher Staatsangehöriger, in dem russischen Grenzort Nissa von den russischen Behörden verhaftet und wegen der von ihm für den obereschlesischen Bergarbeiterstreik betriebenen Agitation im administrativen Wege angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit (Katorga) verurteilt worden ist? Was hat der Herr Reichskanzler bisher zum Schutze dieses deutschen Staatsangehörigen dagegen getan? Was gedenkt der Herr Reichskanzler in dieser Angelegenheit weiter zu tun?

Geheimrat Senge: Das Auswärtige Amt hat von der Verhaftung des erwähnten preussischen Staatsangehörigen erst Kenntnis erhalten, als ihm die Anfrage zugeht. Es sind sofort durch den preussischen Grenzkommissar und den kaiserlichen Generalkommissar in Warschau nähere Erhebungen über den Vorfall eingezogen worden. Nach dem telegraphischen Bericht hat der Bergarbeiter Jalušik gegen eine russische Verordnung verstoßen, indem er in Russland Weiden aus Steiermarksmarkete sammelte. Infolgedessen ist er in dem russischen Grenzort verhaftet und es ist ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden, das voraussichtlich in den nächsten Tagen zum Abschluß kommt und keine anderen Folgen als die Ausweisung haben wird. Für möglichste Beschleunigung des Verfahrens wird Sorge getragen.

Abg. Dr. Saegh (Elf.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß unter dem Namen „Malwein“ in jüngster Zeit ein Produkt in den Verkehr gebracht worden ist, welches sich als eine täuschende Nachahmung von Wein darstellt. Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Fälschung der Konsumenten und die schwere Gefährdung des Weinbaues und des realen Weinhandels zu tun?

Direktor v. Jouanieres: Es ist in letzter Zeit bekannt geworden, daß Mißbrauch mit einem derartigen Getränk getrieben worden ist. Verurteilungen wegen Verfälschung von Wein haben in mehreren Fällen stattgefunden. Die Frage, ob besondere Maßnahmen zum Schutze des Weinhandels notwendig sind, beschäftigt die maßgebenden Stellen.

zweite Beratung der Wehrvorlage.

Bei der Debatte über Artikel 1 werden die von der Kommission beschlossenen Resolutionen mit zur Diskussion gestellt. Nur die Resolutionen über die Militärjustiz sollen später gesondert verhandelt werden.

Die Sozialdemokraten beantragen:
Den von der Kommission eingefügten § 3a: „Die Mannschaften des Wehrdienstes sind zu werden, soweit militärische und wirtschaftliche Gründe es gestatten, nur in den Wintermonaten an Übungen teilnehmen“ hinzuzufügen: „Die Übungszeiten müssen so gelegt werden, daß die Einberufenen die Möglichkeit haben, an den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen teilzunehmen.“

Ferner folgenden Artikel 1a einzufügen: „Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet.“

Diese Bestimmung tritt vom 1. Oktober 1918 ab in Kraft. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages der Artikel 1a zu fassen: Die Bestimmungen der Reichsmilitärgerichtsverfassung, welche die besonderen Vorrechte der Einjährig-Freiwilligen in der Ableistung der Dienstpflicht betreffen, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben.

Endlich als Artikel 1b einzufügen: „Die zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften dürfen nicht zu häuslichen Dienstleistungen verwendet werden.“

Abg. Moske (Soz.):

Das Wortspiel von gestern Abend war sehr lehrreich. Wenn die Patrioten zählen sollen, dann sind die von ihnen vorher als so außerordentlich dringend hingestellten Forderungen auf einmal nicht mehr dringend. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir Sozialdemokraten bestreiten überhaupt, daß die von den bürgerlichen Parteien und der Regierung angenommene Gefahr für das Reich besteht. Eine Kriegsgesfahr zwischen großen europäischen Kulturnationen hat tatsächlich nicht bestanden, sondern nur durch die Treibereien und Forderungen von Rüstungsinteressenten ist eine Verunsicherung geschaffen worden, die aber infolge der Enttarnung der Rüstungsinteressenten abgeklaut ist. Wer bedroht denn die Sicherheit des Deutschen Reichs? Bei den rauschenden Festen, die mit geradezu verschwenderischem Pracht gefeiert wurden, während Hunderttausende nicht satt zu essen haben (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) wurde durch den

Wunsch des Königs von England und des russischen Zaren

zuweisen, daß eine politische Spannung nicht besteht. Angeblich sollen die Balkanereignisse die Sicherheit Deutschlands verringern. Nun, man hat nie behauptet, daß die Türkei uns bedroht hätte, und die anderen Balkanstaaten sind durch ihre Uneinigkeit, vor allem aber durch die schweren Verluste an Menschen und die finanzielle Schädigung infolge des Krieges auf lange hinaus verhindert, etwa die militärische Macht Oesterreich-Ungarns in bedeutendem Maße zu verringern. Die Fesseln der deutsch-englischen Beziehungen konstatieren wir mit Genugtuung und erkennen auch, so wenig wir sonst den Reichskanzler rühmen, sein Verdienst an dieser Besserung an. Eine neue Wege will man damit begründen, daß England die drei von Kanada angebotenen Kriegsschiffe nun selbst baut, aber diese drei Schiffe waren schon vor Monaten bei der Erörterung eines festen Verhältnisses zwischen den Kriegsschiffen Englands und Deutschlands mitgerechnet. Die deutsche Politik England gegenüber ist friedliebend; allerdings würde die Position der Friedensfronde noch verstärkt, wenn die englische Regierung auf diese drei Schiffe verzichtete würde.

Die Offiziere haben ja auch ihre Gründe gemeldet, nicht mehr im Säbel, sondern im Degen sollte der Säugling stehen. In Russland ist der Wille des Zaren das oberste Gesetz. Nun, als Lehmn der

Kaiser und der Jar Rüsse tauschen

und die Berliner Gardebataillonen aufgegeben wurden, um den Zaren vor dem Ausbruch der wahren Gefahr des Volkes zu bewahren, hat sich die preussische Garde als ganz ausreichend erwiesen! Die starke revolutionäre Stimmung in Russland führt aber sowohl für die Fortdauer unserer Gefühle für den Zaren, als auch dafür, daß uns von dort keine Kriegsgesfahr droht. Deshalb soll jetzt die Gefahr vom Westen drohen. Die Rüstungsmaßnahmen in Frankreich und Russland sind aber doch mit die Antwort auf diese deutsche Seeresvorlage. Wir Sozialdemokraten haben immer betont, daß das gegenwärtige Weltkräft eine

nennenswerte Verschlebung der Machtstellung der Staaten gegen einander ausschließt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man sieht uns Schauergerichten auf dem französischen Chauvinismus, während das französische Volk lediglich von banger Sorge erfüllt ist vor einem deutschen Angriff. Diese Sorge ist ungerechtfertigt, aber sie ist vorhanden. Vor dem Ausbruch dieser Seeresvorlage hätte kein französischer Minister es wagen dürfen, dem französischen Volk die dreijährige Dienstzeit wieder zuzumuten. Der französische Chauvinismus wird eine kolossale Verstärkung erfahren, wenn diese Vorlage angenommen und die dreijährige Dienstzeit in Frankreich wieder eingeführt wird. Während in Frankreich aus dem Volk kein Soldat mehr wie bisher herausgeholt werden kann, macht man bei uns diese Seeresvermehrung, erweckt in Frankreich die an sich unbegründete Sorge vor einem deutschen Angriff und so hat die deutsche Regierung und haben diejenigen, die diese Vorlage bewilligen, die Verantwortung dafür zu tragen, daß in Frankreich die dreijährige Dienstzeit eingeführt und der zweite Jahrgang einbehalten wird. Die breiten Massen des französischen Volkes protestieren aber voll Empörung gegen diese Maßregeln, sie sind weit entfernt von Revanchegedanken, wovon unsere Chauvinisten freilich nichts sagen, und die französische Sozialdemokratie kämpft ebenso wie wir mit ganzer Kraft gegen die Rüstungsstreikbreiten und den Chauvinismus. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Unbegreiflich ist es, daß angesichts der außerordentlich lebhaften Protestbewegung in Frankreich, die nicht einmal vor den Kabinetstüren Halt gemacht hat. (Lebh. Sehr richtig! und Bravo b. d. Soz.) die bürgerlichen Parteien an der Rüstungsvorlage nicht nur festhalten, sondern sogar die Nationalliberalen die geringe Erreichung der Kommission bei der Kavallerie wieder rückgängig machen wollen. Dabei hat dieser Tage die „Nationalzeitung“ geschrieben, daß von einer kriegerischen Gefahr von der Westgrenze her gar keine Rede sein könne. Eine offizielle Erklärung Frankreichs, daß es die Annexions-Gefahr abringens als etwas Unabhängiges hinnimmt, wäre nur eine wertlose Fomel und eine neue Demütigung. Man versteht es ja sonst, auf offizielle Erklärungen Verzicht zu leisten, haben wir doch bisher von einem regelrechten Verzicht der Bundesländer auf Hannover nichts gehört. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir sollten die Verbesserung der Beziehungen zwischen zwei Ländern doch nicht davon abhängig sein lassen.

ob die Herrscher heiratsfähige Kinder haben.

(Weiterer und Sehr gut! bei den Soz.) Man hat die Wiener Konferenz verhöhnt und das christliche Zentrum hat sich ferngehalten, aber sie war doch der erste und wohl gelungene Versuch, eine Verständigung zwischen den beiden Kulturvölkern herbeizuführen. Niemand im deutschen Volk hätte einen Vorteil von einem Krieg und ebenso ist es in Frankreich. Die Siege von 1870/71 haben dem Proletariat Blutopfer, Hunger und Arbeitslosigkeit,

den Offizieren und Generalen Orden,

rasches Avancement, Dotationen, den Soldaten aber, die mit heißen Knochen heilmachen — den Dank des Vaterlandes gebracht. Und eine weitere Folge war der Skandal, daß man jahrzehntlang die Veteranen bittere Not leiden ließ. Noch jetzt hat das mächtige deutsche Reich zwar mehrere Milliarden für neue Rüstungen bereit, aber nicht Geld genug, um den bitteren Kummer von ihren Türen fernzuhalten. Als die deutschen Arbeiter einen Teil des Segens, der infolge der Kriegsschädigung den deutschen Kapitalisten zufließt, für sich herausgeholt wollten, hat man sie 12 Jahre lang unter das Schandgeschloß gestellt.

Der Reichstag sollte die Verhandlung über die Wehrvorlage solange aussetzen, bis die Regierung sich bereit erklärt zur Schaffung besserer Beziehungen zwischen den Kulturvölkern beizutragen; gibt die Regierung eine solche Erklärung nicht ab, so müßte der Reichstag die Vorlage ablehnen; dadurch würde dem Frieden am besten gedient. (Lebh. Sehr wahr! b. d. Soz.) Durch einen solchen Vertagungsbeschluß des Reichstags würde auch die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich zunächst verhindert. Ich belege es auf das Tiefste, daß die bürgerliche Mehrheit sich zu einem so vernünftigen Standpunkt nicht aufraffen wird.

Nun zu den Einzelheiten der Vorlage! Das verbündete Oesterreich denkt nicht daran, seine Rüstung seiner Volkszahl entsprechend auf denselben Umfang zu bringen, es müßte sonst sein Heer um 281 000 auf 660 000 Mann vermehren und seine finanziellen Lasten kolossal steigern. Die österreichische Regierung schätzt die internationale Lage als Gefährdung ihrer Grenzen bei weitem nicht so hoch ein wie die deutsche Regierung.

Ueber die grundsätzliche Stellung des sozialdemokratischen Drirkels der gefakten deutschen Wählerschaft brauche ich kein Wort zu sagen. Man weist uns böswillig vor, wie wollten

das Vaterland wehrlos machen,

unser Programmforderung „Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit“ geht aber viel weiter als in irgend einer bürgerlichen Partei. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien machen erst jetzt bescheidene Versuche mit der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit, sie verflüchtigen sich aber an der Wehrhaftigkeit des Volkes auf das allergeringste durch die Rückständigkeit auf sozialpolitischem Gebiete. Muß doch die Hälfte aller jungen Männer als militärtauglich zurückgestellt werden. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Selbst bei der geforderten Mehrausbildung rechnet man auch in Zukunft noch mit 42 Prozent Untauglichen. Das ist die standalöse Folge des Wohnungs- und des Mangels eines ausgiebigen Mutterchutzes und Schutzes der Jugend gegen die kapitalistische Ausbeutung. Schon die jungen Wurschen von 14 Jahren müssen in die Zetmühle der Fabrik. Die Rekrutierungsziffer ist die Quittung über die Verflüchtigung an der proletarischen Jugend. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Systematisch wird darauf hin gearbeitet, daß große Teile des Volks sich nur

ganz ungenügend ernähren können.

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Lebensmittelwucher und Wohnungsmangel hat mehr zur Wehrhaftigkeit beigetragen, als alles, was die bürgerlichen Parteien getan haben. Dafür werden die Arbeiter-Lernvereine und wird die Arbeiterjugendbewegung in der schändlichsten Weise drangsalariert.

Wir Sozialdemokraten verlangen die Schaffung eines Volksheeres anstelle eines stehenden Heeres. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aus einer Seeresorganisation, die in jeder Hinsicht den Interessen der Westgrenze angepaßt ist, wollen wir ein Instrument machen, das lediglich den Zwecken der Landesverteidigung diene. Nun sagen ja auch Sie, Sie wollten den letzten Mann zur Verteidigung des Vaterlandes herauslösen. Damit könnten wir uns einverstanden erklären, wenn an ein Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht gedacht wird. Die Vorlage aber bedeutet letzten Endes nur eine gewaltige Verstärkung des militaristischen Systems, das durchaus volksfeindlich und kulturhemmend wirkt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wenn ich mich nun zu den eigentlichen Forderungen der Vorlage wende, so ist meine Position deshalb unglücklich, weil ein großer Teil der Kommissionverhandlungen als vertraulich bezeichnet worden ist. Man will eben den Eindruck erwecken,

als ob wer weiß was für Geheimnisse dem Volke noch beschleiert werden, die die Seeresvermehrung nötig machen. Von Militärchriftstellern wird die Stärke des französischen Heeres übertrieben. Man verschweigt, daß in den angeblich 581.000 französischen Kommandanten mindestens 16.000 entfallen sind (Verwaltungsbeamte, Gendarmen, Militärschüler), die in unserem Sinne nicht Kommandanten sind.

Eine riesige Ueberlegenheit

hat das deutsche Heer über das französische und russische durch die hohe Zahl der Offiziere und namentlich der langgedienten Unteroffiziere. Bei der Gegenüberstellung mit Russland muß die Seeresverwaltung die geringe Zahl der russischen Unteroffiziere eingeben, sie meint aber, 1918 habe das Verhältnis schon ganz anders sein. Gewiß, die russische Regierung bemüht sich, aber die elenden Schulverhältnisse machen es unmöglich. Ueberhaupt kann das russische Militärmaterial gar nicht mit dem deutschen verglichen werden. Auch die Zahlen der russischen Soldaten, die in Ästen festgehalten werden, sind viel zu gering veranschlagt. Die Vorlage will nun die Befähigung durch den persönlichen Dienst außerordentlich verstärken. Lange Zeit galt als Grundsatz, daß 1 Prozent der Bevölkerung im stehenden Heere Dienst zu tun habe. Jetzt geht man weiter darüber hinaus. In der Marine dienten bisher 72.000 Mann; nach Durchführung des Flottenprogramms wird die Zahl sehr schnell 100.000 erreichen. Nach erfolgter Durchführung der Seeresvermehrung werden mindestens 1,3 Prozent der Bevölkerung dauernd unter den Waffen stehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das bedeutet eine so

kolossale dauernde Schädigung des Volkswohlstandes,

daß schon aus diesem Grunde die bürgerlichen Parteien mit einer viel größeren Zurückhaltung der Vorlage hätten gegenüberzutreten müssen. Ausländische Arbeiter werden in Massen dadurch ins Land gezogen werden. Für eine Sperrung der Grenzen gegen ausländische Arbeiter haben wir uns niemals ins Zeug gelassen, aber der Erkenntnis beschließen wir uns nicht, daß die deutsche Arbeiterklasse großen Schaden hat, wenn dauernd kulturell niedriger stehende ausländische Arbeiter herangezogen werden, die den Unternehmern willkommen sind, weil sie billig sind. Die Entlastung von Arbeitskräften durch die Seeresvermehrung wird für den wirtschaftlich schlecht gestellten Kleinbauern sehr schwer zu tragen sein. Als Ersatz für den großen Schaden kann unmöglich der geringe Betrag für die Familien angesehen werden, von denen mehrere Söhne dienen. Ihnen kann nur durch eine wesentliche Verkürzung der Dienstzeit geholfen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Forderungen der Regierung sind von den bürgerlichen Parteien fast restlos bewilligt worden. Alle Oppositionslust ist verschwunden und

lebhaft drei Reiterregimenter

sind dem Volkstift zum Opfer gefallen. Als das Zentrum die Streichung einer Anzahl Offiziers- und Unteroffizierstellen forderte, erhob sich in manchen Kreisen des bürgerlichen Deutschlands ein großes Geschrei. Das dürfte die Regierung sich nicht gefallen lassen, sie müsse den Reichstag auflösen. (Hört, b. d. Soz.) Vom staatsrechtlichen Standpunkt aus war dieser Streichungsantrag des Zentrums nur selbstverständlich, da es sich um Stellen handelte, die doch nicht sofort besetzt werden konnten. Dem Zentrum ist es jedenfalls besonders angenehm, daß die Regierung nun jedes Jahr von neuem kommen muß, um die Offiziere zu fordern. Das gibt gewünschte Gelegenheiten, Geschäfte für das Zentrum dabei zu machen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Nationalliberalen haben natürlich wieder Befestigung dieser Streichung beantragt. Ich hoffe aber, daß dieser Ueberreifer im Reichstag kein Entgegenkommen finden wird.

Die Notwendigkeit der Verstärkung des Schutzes an der Ostgrenze begründet man damit, daß Russland dort sehr viel größere Truppenmassen aufgestellt habe als Deutschland. Aber ein großer Teil dieser russischen Truppen sind nur Polizeisoldaten. Auch sind die Eisenbahnverbindungen und die Wege in Russland viel schlechter ausgebaut, als in Deutschland. Man hat viel Aufhebens davon gemacht, daß Russland eine Menge Lastauton oblie angelaut hat. Es fragt sich nun, wie lange diese fahren können, ohne im Dreck stecken zu bleiben. (Sehr gut! bei den Soz.)

Wir wollen auch die Ausbildung des letzten Mannes für den Dienst im Volksheer. Das ist aber nur möglich auf Grundlage einer

wesentlich verkürzten Dienstzeit.

Gewiß sind heute die technischen Hilfsmittel im Wehrwesen zahlreicher geworden, aber ein großer Teil der Leute, die aus der Industrie kommen, ist das Arbeiten an komplizierten Maschinen gewöhnt. Um die Verkürzung der Dienstzeit zu ermöglichen, muß aller überflüssiger Kram wegfallen. Noch immer werden bei einzelnen Garberegimentern Briefe nach friedrichianischer Art gelibt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Solcher Kram muß aufhören.

Die Soldaten sind nicht zum Spielzeug für allerhöchste Herren da. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Vor allem liegt gar kein Grund vor, die Söhne des Volkes länger in den Kasernen zu halten, als die Bourgeoisöhne. Der Kriegsminister hat in der Kommission gestanden, den Angehörigen der bestehenden Klassen könne man nicht zumuten, zwei Jahre zu dienen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Aber die breiten Massen des Volkes sollen das Vergnügen haben, nicht nur die schweren finanziellen Lasten zu tragen, sie sollen auch noch überflüssig ein bis zwei Jahre länger in der Kaserne dienen. — Die Ansichten über den Wert der Kavallerie gehen auch unter den Militärs weit auseinander. Nur die Remontezüchter haben Interesse an der Kavalleriemehrung. Es wäre interessant, festzustellen, wieviel von den in Betracht kommenden 16 Millionen in die Tasche konfessioneller Wähler fließen. — Die begehrenden Klagen der Liberalen über die Zusammenfassung des Offizierskorps in den Kavallerieregimentern rühren uns Sozialdemokraten weniger. Solange das liberale deutsche Bürgertum es ganz in der Ordnung findet, daß tüchtige Männer aus dem Volke lediglich ihrer sozialen Stellung oder religiöser Anschauungen wegen überhaupt nicht Offizier werden können, mag das Bürgertum seinen Streit über die abligen Regimenter allein aussetzen. Die Kavallerie ist durch die technischen Fortschritte jedenfalls als Schlachttruppe ausgegliedert. Der Kriegsminister möchte sie allerdings Auge und Arm des Feldherrn und sprach den Stützpunkt nur zwingen militärischen Wert bei. Als es sich aber um die Vermehrung der Luftstoffe handelte, rebete er in ganz anderen Tönen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Eine Fähigkeit im Untertun

haben wir ja wiederholt herabern können. Wenn man die Kavallerie für der Grenzschutz notwendig hält, so soll man ihre Regimenter an die Grenze verlegen. Ein offizier: Argument gegen die Verlegung der Garberegimenter war, als man erklärte, man könne doch die Kasernen nicht leer lassen. Dabei wäre der Verlauf einer Anzahl Kasernen Westlicher Garberegi-

Wendgang.

Kaum ist verflungen der dampfsteife Tag, mach ich mich frei von Mittag und Sonn, und vor der Dämmer beschneidend Schlag flieh ich in den finsternen Tag, einer frühen Freiheit entgegen.

Noch liegt die Sonne auf allen Wegen, doch schon so milde, so ohne Kraft, so wie wir, die den Tag geschafft, von frühmorgens ins Joch gespannt, um das Wesen mit wuchtiger Hand unter unseren Willen zu zwingen; und die es doch zu weiter nichts bringen, als zu einem armenigen Leben, immerfort von Gefahr umgeben, die noch das zu vernichten droht, was von uns hies im Kampf mit der Not.

Nach wir werden zur Freude geschaffen, doch wenn wir alles zusammen auch raffen, was tief in uns an Kraft noch steckt, und verlangen empore sich recht, ahmer lang es so froh uns zu machen, daß ein jubelndes launiges Lachen unsrer Seele mit Glück erfüllt, und die Sehnsucht des Lebens stillt.

Sonne, du liebe, du meinst es gut, du entflammt noch zu leuchtender Glut, was die Arbeit des Tags nicht vergeht, als so des Abends, was mein Herz begehrt, durch die wogenden Felder ein Gang, damit ich dir die doch köstlichen Stunden, wo ich den Alltag hab' überwinden.

Quier mir liegt im Duft nun die Stadt, die vor meinen Blicken sich stellt, wo meine Seele mit weitem Schwingen fliehet, wo ich mich dem goldenen Klang, schimmernde Gitter in lustigem Klang, abendrot liegt auf goldenen Garben, und der Himmel in flammendem Rot heiß die blühende Erde umloßt.

O du selige Abendzeit! Frieden, Frieden ist weit und breit, aber nur aus dem Herzen quillt, übermächtig und wachst und schwillt, daß der Tag hat zurückgebracht, daß es die Seele mir hat brennt.

Und was will ich denn weiter groß, als ein etwas besseres Los, nicht immer aufzuheben, nicht immer darben, auch meinen Teil von den goldenen Garben und von dem Segen, den meine Kraft aus dem Genuß zu Tage schafft.

Wu so lang noch, und hab nichts vom Leben, als diese Stunden, die mich erheben aus dem Alltag mit seinen Sorgen. Und folgt auch immer wieder das Morgen meine ruhende Seele staut, wo das Glend von neuem beginnt; wie sie die Pflanzung mir neu belebe und die gelunte Lauersticht heb, bis dann am Abend die Sonnenwelt und das wogende schimmernde Feld alle schlummernden Kräfte wecken, die dann fliegend empor sich reiten, bis mich nichts mehr zu halten vermag, und ich endlich müde und groß zeig aus den Händen der Stetsigkeit mich los, eben so darben, so arm und an Freuden.

St es bis dahin vielsucht auch noch weit kommen, kommen muß ja die Zeit! Stilt auch die Sonne sich in die Nacht, herrlicher als ich je es gedacht, kann sie sich morgen wieder erheben.

So will auch ich denn zur Ruh mich begeben, wenn schon die Wolken noch zu träumen, das die finstere Nacht überwindet und auch mir einst die Freiheit verblühet.

Karl Petersen.

Rechnung des Waldans über den Wald...

Rechnung des Waldans über den Wald...

Rechnung des Waldans über den Wald...

Beilage zur Volkswoche und Volkszeitung.



Wenn ihr euch laßt mit Knechten schmiden, So traget nicht, daß sie euch drücken, Spruch im Westfälischen Volkslied.

Der Waldans und seine Streiche.

Von Doktor W. B. (Nachdruck verboten.)

1. Waldans ist kein schöner Name. Aber mein Wort, Spinnstrang, Großhans oder gar Affenschnatz klingt auch nicht schön, und doch braucht sich keiner zu schämen, der so selbst, wenn er nur schafft, was seines Schicks ist, die Leute kein Leid und im übrigen einen ganzen Heil stellt. Das haben die Waldansse von jeder, freilich auf gar verschiedene Weisen. Schon der Großvater galt als Querschnitt und Eigenbrötler, überall hatte er eine besondere Meinung, mit der er nicht hinterm Berg hielt. Darum war er bei vielen verhasst, der Mann schimpfte ihn offen Demotrat und als in den achtundvierziger Jahren die Preußen ins Land kamen und das Hauptstück der Pedanterie: "Schwert die Gullotine, schneidet die Gullotine, schneidet sie mit Tyrannei!" mit Glänzen und Karrieren erfinden, war er einer der ersten, die nach der Festung Krasitz abgeführt wurden. Doch bevor sein Prozeß anfing, war, rief er nach der Schwere aus: "Dort konnte er nicht bleiben, immer weiter und weiter wurde er abgeführt, bis sich ihm endlich in der Wäldchen unter wildfremden Menschen Arbeit und Heimat aufstaut. Jahrelang stammte er sich als Holzknock und Fischer durch, ja, er lebte sich so ein, daß er eine Einheimische heiratete. Beim dritten Huden nach seine Frau im Knosben. Ah, er war nun doch schon vierzig Jahre alt und trug schwer an seiner Einseitigkeit, dachte das Seemeech immer flüster und ließ ihn nicht mehr los. Als er sicher wurde, daß seine Geisteskräfte abgestorben sei, verkaufte er den ganzen Stempel und zog mit seinen Huden heim in den langentbehrten Schwarzwald, ins Ringstal. Hier übernahm er ein kleines Bauernweid und trieb daneben die Tischlerei. Er selber konnte für die Huden nicht recht sorgen und heiratete ein zweites Mal. Das tat nicht gut, auch von der Seite kamen Kinder, drei Mädchen. Wenn die Mutter auf der einen Seite mitzog, so tat es natürlich genau so auf der anderen. Das gab Unfrieden, Streit und unguete Worte.

Die drei Huden mußten schon früh ins Geschäft und mitgehen: in den Wald gehen, Holz holen oder auf dem Felde schaffen, spaten, säen. Die Huden blieben immer gleich mager und starr, gar kam nur dreimal im Jahr auf den Tisch an den hohen Festen. Der Meiste ging eines Tages ohne Abschied fort, viele wollten wissen nach Amerika. So hat aber nie geschrieben, so kam auch heute noch niemand etwas Bestimmtes sagen.

Der zweite wurde Gipfel und blieb doch im. Er dient ein schönes Geld, meistens arbeitet er im Nord.

Der dritte wurde Gipfel und blieb doch im. Er dient ein schönes Geld, meistens arbeitet er im Nord.

Der dritte wurde Gipfel und blieb doch im. Er dient ein schönes Geld, meistens arbeitet er im Nord.

Der dritte wurde Gipfel und blieb doch im. Er dient ein schönes Geld, meistens arbeitet er im Nord.

Der dritte wurde Gipfel und blieb doch im. Er dient ein schönes Geld, meistens arbeitet er im Nord.

Der dritte wurde Gipfel und blieb doch im. Er dient ein schönes Geld, meistens arbeitet er im Nord.

Der dritte wurde Gipfel und blieb doch im. Er dient ein schönes Geld, meistens arbeitet er im Nord.

Blätter zur Belehrung und Unterhaltung.

1913. Juni, den 12. Juni

1913.

1913.

1913.

1913.

1913.

1913.

1913.

1913.

1913.

1913.

1913.

1913.

1913.

Aber er ist ein heimlich Kletter. Wochentag schafft und schuffet er drauf los wie ein Beseener und knauert er mit jedem Pfennig, dann wieder kommt ihn der Knappel an und er verbumpt in kurzer Zeit alles. Er hat viele gute Freunde, die ihn beim Saufen freilich mitgehen und ihn hinterher ebenso freilich anschauen. Aber das will er nicht glauben. Er ist der Stärkste im ganzen Ort und vornehm vom Kletterklub. Seine hat er wie ein Hochbegger; wo er auf einen Langboden kommt, sind die anderen maulstumm. Sie wissen, er ist nicht seine Säme bei und kann jählich dreinschlagen. Im Stiff will er sich zeigen und frist oft Biergläser, ohne daß es ihn schaden würde. Ich selber habe dabei schon zugegesehen. Der Dritte, das war mein Vater, erlernte die Schupfmacherei. Wie der Kletter, hatte auch er kein Stieghel. Nach der Zeit mochte er ins Schwefelbad, dann ins Elsas. Hier lernte er meine Mutter kennen, die Arbeiterin in einer Seidenweberei war. Nach kurzer Bekanntschaft heiratete er. Von seinen fünf Kindern, vier Huden und einem Mädchen, bin ich das Älteste, und wie er und die Mutter noch heute sagen, auch das Älteste nützliche. Mein und auch meiner Geschwister Geburtsort liegt im Elsas, unweit der thürigen Stadt Bafel. Nach der Zeit fing der Vater einen kleinen Schupfhandel an. Die Mutter arbeitete in der Fabrik weiter. Als sich der Haussegen mehren, blieb sie dabei und verließ sich neben der Haushaltung auch den Huden. Ich war von jeder das Sorgenkind. Schon früh lag ich an einer heftigen Augenentzündung, selbst der Doktor zweifelte an meinem Auskommen. Aber Unkraut verdrängt nicht, nachher war ich noch wilder und unändlicher als je zuvor. Mit zunehmendem Alter entwickelten sich bei mir die Eigenschaften der Waldansse ins Ungemeine. Manne wollte ich Recht haben; gegen mein Maul konnten zehn Hadschweiber nicht aufkommen. Das schaffte den Eltern viel Ungelegenheiten. Den Vater nannte ich schamlos den großen Kletter. Wo ich den Dorfplatz sah, rief ich ihm alle Liebernamen nach, am liebsten Stadschweizer schmauger, das machte ihn recht verärgert. Bei jeder Gelegenheit änderete ich in der Straße die Händlanger an, je besser es fanderte desto größer war meine Freude. Manne ich bekam ich Schläge, daß es nur so krachte; es half nichts. Demnach war ich recht neugierig und bemüht, dem Grund alles Selens und Geistes nachzuforschen. Besonders suchte ich nach den Augen. Ich hätte ja gern gesehnt, was immer so geheimnisvoll Licht machte. Nicht faul, hatte ich eines Tages beim Hirschen auf meines Vaters Rechnung drei Haderkuppen zur Ausbeute, und festete sie in unferen Schuppen mit der Hadschweizer. Freilich sah ich nichts als spiralförmige Stahlfedern und eine Unmenge kleiner als Pfeilspitzen, aber den Zusammenhang konnte ich nicht begreifen. Das aber muß ich überlassen, was geworden sein: der große Kletter besaß die Rechnung an drei Orten, beim Hirschen und bei mir. Ich selber mag nicht aber an die Geschichte nicht

